

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2025

Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu Wahlgründen und wichtigen Einflussfaktoren in den Wählerschaften

Dominik Hirndorf

- › Am wichtigsten waren für die Wählerinnen und Wähler bei der Wahlentscheidung die inhaltlichen Positionen der Parteien und deren Fähigkeiten, die zukünftigen Probleme zu lösen. Die Spitzenkandidierenden spielten dagegen unter den acht abgefragten Motiven keine entscheidende Rolle.
- › Mit Blick auf die einzelnen Wählerschaften zeigt sich eine große Diversität bei den wahrgenommenen, wichtigsten Problemen. Nahezu in jeder Wählerschaft dominiert ein anderes Politikfeld.
- › Bei der allgemeinen Problemlösungskompetenz lag die Union drei Monate vor der Wahl deutlich vorn und kann diesen Wert nach der Bundestagswahl ausbauen. Nach der Bundestagswahl sprechen mehr Wahlberechtigte einer Partei eine Problemlösungskompetenz zu als noch vor dem Wahlkampf.
- › Insgesamt haben 60 Prozent der Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl die Wahlentscheidung getroffen, die sie bereits vor dem Bundestagswahlkampf favorisierten.
- › Für rund ein Drittel aller Wählerinnen und Wähler gab es im Wahlkampf etwas, was die Wahlentscheidung beeinflusst hat. Genannt werden hier vor allem Parteipositionen, Vertrauen oder Misstrauen in Personen, Koalitionsmöglichkeiten und die beiden wichtigsten politischen Problemfelder Wirtschaft und Migration.
- › Die bestimmenden politischen Themen sowie Parteiprogramme, Koalitionsüberlegungen und grundsätzliches Parteivertrauen hatten einen größeren Einfluss als singuläre Ereignisse (Anschläge, „Migrationswoche“) oder öffentliche Auftritte (Reden, Fernsehduelle).

Zusammenfassung: Kernbefunde zu den Wählerschaften

Aufgrund der hohen Fragmentierung dominieren in jeder Wählerschaft andere Wahlgründe und Einflussfaktoren, die den Wahlerfolg sowie Verschiebungen in der Wahlkampfzeit erklären können.

Unions-Wählerschaft

Die Union konnte bei der Bundestagswahl von der ihr zugeschriebenen Problemlösungskompetenz profitieren. Zudem vereinte die Union als einzige Partei eine Wählerschaft hinter sich, deren wichtigste politische Probleme die drei repräsentativ meistgenannten sind: Wirtschaft, Migration und internationale Konflikte. Die Union besitzt bei Wirtschafts- und außenpolitischen Themen klar die Lösungskompetenz – beim Themenfeld Migration werden AfD und Union dagegen gleichermaßen genannt. Wählerinnen und Wähler der Union wurden im Wahlkampf vor allem durch die Themenbereiche Migration und Wirtschaft beeinflusst. Ein verstärkendes Motiv in der Unions-Wählerschaft ist die Fähigkeit, gut zu regieren. Sie ist der Unions-Wählerschaft besonders wichtig.

Im Vergleich zu den Umfragen im Zeitraum vor dem Wahlkampf (~30+ Prozent) kann die Union im Wahlkampf mit Blick auf das Bundestagswahlergebnis nicht alle Wählerinnen und Wähler halten und nur einen Teil des vorhandenen Potenzials bei anderen Wählerschaften mobilisieren. Von der Betonung der Migrationsfrage ab Januar 2025 konnte die Union mutmaßlich nicht profitieren.

SPD-Wählerschaft

Die SPD liegt aus Sicht der Wahlberechtigten auf Platz zwei in der allgemeinen Problemlösungskompetenz – innerhalb der wichtigsten politischen Themen werden ihr jedoch nur im Bereich Außenpolitik größere Kompetenzen zugeschrieben. In der SPD-Wählerschaft war der Spitzenkandidat anders als 2021 kein fördernder Faktor. Wichtiger waren die möglichen Koalitionen, die auch von einigen SPD-Wählerinnen und -Wählern als wichtiger Einflussfaktor genannt wurden.

Die SPD besitzt vor der Wahl das größte zusätzliche Mobilisierungspotenzial aller Parteien (+15 Prozentpunkte). Mit Blick auf das endgültige Ergebnis bei der Bundestagswahl weist die SPD-Wählerschaft im Vergleich zur Zustimmung im November 2024 Verluste auf, die gleichzeitig auf niedrigem Niveau durch die Mobilisierung von Wechselwählerinnen und Wechselwählern bei der Wahl kompensiert werden.

Grünen-Wählerschaft

In der Grünen-Wählerschaft dominiert weiterhin das Thema Klimawandel, wo der Partei große Kompetenzen zugesprochen werden. Das Thema zählt jedoch nicht mehr zu den wichtigsten drei politischen Themen. Anders als 2021 wird der Spitzenkandidat für die Grünen-Wählerschaft zu einem positiven Faktor. Die großen Potenziale der Grünen bei Linken- und SPD-Wählerschaft können angesichts der Verluste in den Umfragen seit November bis zur Bundestagswahl im Februar nicht realisiert werden. Im Gegenteil, die politische Nähe von Grünen- und Linken-Wählerschaft sowie die Bedeutung der Gegenposition zur AfD bei der Linken sorgt in der finalen Phase des Wahlkampfes für eine Wählerwanderung zulasten der Grünen.

FDP-Wählerschaft

Fast jede/r Zweite aus der FDP-Wählerschaft identifiziert Wirtschaftsthemen als das größte politische Problemfeld. Hier besitzt jedoch auch die Union, der die FDP-Wählerschaft nahesteht, große Kompetenzen. Statt das vorhandene Potenzial bei der Unions-Wählerschaft zu mobilisieren, sorgt auch das drohende Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde am Ende für eine gegenteilige Bewegung. Innerhalb der FDP-Wählerschaft kann der Spitzenkandidat nicht an die Zugkraft der vergangenen Wahl anknüpfen.

Linken-Wählerschaft

Die Linke steht im November 2024 bei lediglich drei Prozent in den Umfragen. Nur wenige Wählerinnen und Wähler mit Wahlabsicht ziehen die Linke zu diesem Zeitpunkt als Alternative in Betracht. Demnach erhält die Linke ihren zunehmenden Zuspruch in der Wahlkampfzeit. Mehr als jede/r Zweite mit einem Kreuz bei der Linken gibt an, im Wahlkampf durch etwas beeinflusst worden zu sein. Häufiger als in anderen Wählerschaften werden mediale bzw. öffentliche Auftritte genannt. Die Wahl der Linken wird daneben besonders stark über inhaltliche Positionen begründet. Dabei profitiert die Linke von der Problemlösungskompetenz beim Thema soziale Ungleichheit, das in der Linken-Wählerschaft das wichtigste Thema ist. Besonders stark ist auch das Motiv der Antiposition zu Rechtsruck, Fremdenfeindlichkeit und der AfD. Die Linke profitiert mutmaßlich von der Betonung der Migrationsfrage ab Januar 2025.

AfD-Wählerschaft

An vielen Stellen zeigt sich deutlich, dass die AfD-Wählerschaft keine Protestwählerschaft (mehr) ist. Sie ist überzeugt von Themen, Lösungskompetenzen, Personal und die Wahlentscheidung fällt somit leicht. In keiner Wählerschaft besaß die Spitzenkandidatin eine größere Wichtigkeit für die Wahlentscheidung. Thematisch mobilisiert die AfD besonders durch das Thema Migration. Wer das Thema Migration als wichtigstes politisches Problem identifiziert, schreibt der AfD die größte Lösungskompetenz zu.

Im Wahlkampf verliert die AfD kaum Wählerinnen und Wähler. Ohnehin besitzt weniger als die Hälfte der AfD-Wählerschaft überhaupt eine Wahlalternative. Im Wahlkampf profitiert die AfD-Wählerschaft besonders durch das Migrationsthema, ihre Wählerschaft zeigt sich aber auch überzeugt vom Parteiprogramm, von Partei und Personal.

BSW-Wählerschaft

Das BSW gewinnt insbesondere Wählerinnen und Wähler für sich, die internationale Konflikte als wichtigstes politisches Problem nennen. Zudem besitzt die Spitzenkandidatin eine höhere Wichtigkeit. Diese beiden Faktoren werden von der BSW-Wählerschaft auch im Wahlkampf als einflussreich bewertet.

Trotz der Nähe zur AfD-Wählerschaft bei politischen Einstellungen und der gemeinsamen Unzufriedenheit, kann das BSW keine größeren Potenziale bei der AfD realisieren. In der BSW-Wählerschaft waren insgesamt mehr als vier von zehn Wählerinnen und Wähler von keiner Partei überzeugt. Dieser Wert liegt mehr als doppelt so hoch wie bei anderen Parteien und ist ein Merkmal einer Protestwählerschaft.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Die Studie	5
Faktoren der Wahlentscheidung.....	6
Politische Probleme und Lösungskompetenzen	11
Politische Probleme und die zugeschriebenen Kompetenzen	12
Problemlösungskompetenzen bei den wichtigsten politischen Problemen.....	15
Wahlkampf und mögliche Effekte	18
Potenziale der Parteien vor der Bundestagswahl 2025.....	18
Wahlwahrscheinlichkeiten vor der Bundestagswahl 2025.....	19
Wählerbindung und Wechselquote im Wahlkampf	20
Beeinflussende Faktoren im Wahlkampf	21
Wahlalternativen bei der Bundestagswahl 2025.....	28
Wem die Wahlentscheidung schwergefallen ist	30
Schlussbemerkung.....	31
Literatur	32
Impressum	34

Einleitung

Das Bundestagswahlergebnis spiegelt lediglich die reine Wahlentscheidung wider. Unsichtbar bleibt dagegen, aus welcher Motivation sich die Wählerinnen und Wähler für bestimmte Parteien entschieden haben. Welche Gründe waren letztlich ausschlaggebend?

Im Wahlergebnis liegt zumeist die Partei vorn, der eine allgemeine Problemlösungskompetenz zugesprochen wird. Spannend ist daher ein Blick auf die Wahrnehmung der wichtigsten politischen Probleme und welche Partei bei diesen Problemen eine politische Kompetenzzuschreibung besitzt.

Der Wahlkampf 2025 zeichnete sich im Vergleich zum Wahlkampf 2021 durch eine große Stabilität der Umfrageergebnisse aus. Analysen konnten zeigen, dass die Wechselbereitschaft im Jahr 2024 deutlich niedriger lag als im Jahr 2021 und sich die Distanzen zwischen den Wählerschaften vergrößert haben (vgl. Hirndorf 2024). Offen war, inwiefern diese vermeintliche Stabilität auch für die Wahlentscheidung gilt. Dies führt auch zu der Frage nach den eigentlichen Effekten des Wahlkampfes. Ist den Wählerinnen und Wählern ihre Entscheidung tatsächlich leichtgefallen oder gab es alternative Parteien? In welchen politischen Lagern fanden Wechselaktivitäten statt und was waren möglicherweise die Gründe hierfür?

Diesen und anderen wichtigen Fragen geht die Konrad-Adenauer-Stiftung in dieser Studie nach. Die Antworten liefern die Auswertungen repräsentativer Datenerhebungen vor dem Bundestagswahlkampf und nach der Bundestagswahl, die im Auftrag der Stiftung durchgeführt wurden.

Die Studie

Im Zentrum dieser Studie steht die Auswertung der „Vor- und Nachwahlbefragung“. Dabei handelt es sich um zwei repräsentative, standardisierte Telefonbefragungen. Die erste Befragung wurde zwischen dem 4. und 29. November 2024 durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 2.525 wahlberechtigte Personen in Deutschland¹ (KAS-Umfrage 1056). Die zweite Befragung wurde unmittelbar nach der Bundestagswahl 2025 gestartet und lief vom 25. Februar bis 14. April 2025. Dabei wurden 4.001 wahlberechtigte Personen in Deutschland befragt (KAS-Umfrage 1057). Beide Stichproben waren hinsichtlich der Ost-West-Verteilung disproportional angelegt, sodass Befragte in Ostdeutschland überproportional vertreten sind. So lassen sich in der Analyse verlässliche Ost-West-Vergleiche berechnen.

Beide Befragungen erfolgten jeweils telefonisch im Dual-Frame-Modus. Das Verhältnis zwischen Festnetz und Mobilfunkinterviews betrug bei der Vorwahlbefragung 40 Prozent (Festnetz) zu 60 Prozent (Mobilfunk) und bei der Nachwahlbefragung 53 Prozent (Festnetz) zu 47 Prozent (Mobilfunk). Die Stichproben wurden nach dem Zufallsprinzip aus den ADM-Auswahlrahmen für Festnetz- und Mobilfunkstichproben gezogen. Eine gezogene Telefonnummer wurde bei Nichterreichen bis zu 10-mal kontaktiert, um auch schwer erreichbare Personen in der Befragung zu berücksichtigen.

Die Daten beider Umfragen wurden nach sozialstrukturellen Merkmalen gewichtet. Zusätzlich wurde die leichte Überrepräsentation Ostdeutschlands durch Gewichtung ausgeglichen. Die Analyse erfolgt ausschließlich mit den gewichteten Daten. Die Umfragen sind repräsentativ für die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren.

Zusätzlich nahmen im Zuge der Nachwahlbefragung neben den 4.001 Befragten weitere 709 Personen teil. Hierbei handelt es sich um Personen, die bereits in der Vorwahlbefragung aus dem November 2024 befragt wurden und das Einverständnis für eine erneute Kontaktierung nach der Bundestagswahl gegeben hatten. Bei diesen 709 Personen, für die Daten in beiden Befragungen vorliegen, handelt es sich demnach nicht um eine Zufallsauswahl. Die Ergebnisse der 709 Personen sind daher nicht repräsentativ, lassen jedoch Rückschlüsse auf Entwicklungen zwischen November 2024 und Februar 2025 zu, da es sich um dieselben Personen handelt (Panel-Befragung).

Die Befragungen wurden vom Meinungsforschungsinstitut IPSOS im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt. Für beide Umfragen wurde der Fragebogen von der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellt. Auch die Auswertung der Rohdaten erfolgte durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.²

Faktoren der Wahlentscheidung

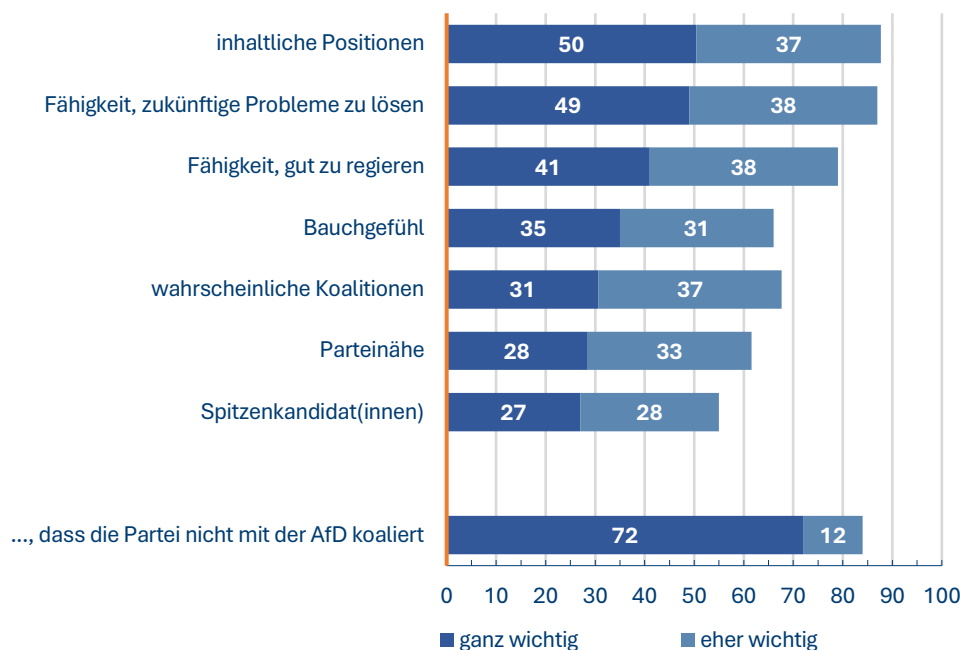
Am wichtigsten waren für die Wählerinnen und Wähler bei der Wahlentscheidung die inhaltlichen Positionen der Parteien und deren Fähigkeiten, die zukünftigen Probleme zu lösen. Die Spitzenkandidierenden der Parteien spielten dagegen unter den acht abgefragten Motiven keine entscheidende Rolle.

Für die Wahlentscheidung sind nach dem dominierenden sozialpsychologischen Ansatz grundsätzlich drei Faktoren von besonderer Bedeutung: Parteibindung, Kandidatenorientierung sowie inhaltliche Positionen (Schoen/Weins 2014). Darüber hinaus spielen jedoch auch andere Faktoren wie die möglichen Koalitionen oder emotionale Motive eine Rolle (Pokorny 2024a, 2022).

Die Wählerinnen und Wähler wurden jeweils gefragt, wie wichtig verschiedene Faktoren für die eigene Wahlentscheidung waren. Generell wird fast allen Faktoren eine hohe Wichtigkeit zugeschrieben, Unterschiede sind vor allem dann sichtbar, wenn nur die Antwortkategorie „ganz wichtig“ betrachtet wird. Dabei zeigt sich im Ergebnis, dass für die Hälfte der Wählerinnen und Wähler die inhaltlichen Positionen sowie die Fähigkeit, zukünftige Probleme zu lösen, eine ganz wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt haben. Weitere 37 bzw. 38 Prozent geben an, dass dies „eher wichtig“ für sie war. Mit etwas Abstand folgt die Fähigkeit der Partei „gut zu regieren“, die von 41 Prozent als ganz wichtig empfunden wird, gefolgt vom Bauchgefühl bei der Wahlentscheidung (35 Prozent). Vergleichsweise seltener erhalten Koalitionen (31 Prozent), Parteinähe (28 Prozent) oder Spitzenkandidatinnen und -kandidaten (27 Prozent) die Nennung „ganz wichtig“.

Im Zeitvergleich zur Bundestagswahl 2021 zeigen sich nahezu keine Veränderungen bei der Wichtigkeit der Wahlmotive (vgl. Pokorny 2022: 8). Zudem wird einmal mehr die große Bedeutung der Problemlösungskompetenz für die Bürgerinnen und Bürger deutlich. Die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten spielen dagegen wie bereits 2021 nur für eine Minderheit eine entscheidende Rolle.

Abbildung 1: Wichtigkeit von Wahlmotiven bei der Bundestagswahl 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils, eher unwichtig, ganz unwichtig, weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Wie wichtig waren/war ... der [gewählten Partei] bei Ihrer Entscheidung für die [gewählte Partei]?“ Das Item „..., dass die Partei nicht mit der AfD koaliert“ wurde nur Nicht-AfD-Wählerinnen und -Wählern vorgelegt.

In den Parteianhängerschaften zeigen sich deutlichere Unterschiede bei der Wichtigkeit der Wahlfaktoren: Während für Unions-Wählerinnen und -Wähler die Fähigkeit, gut zu regieren, von überdurchschnittlicher Wichtigkeit war, sind für die Linken-Wählerschaft die inhaltlichen Positionen von besonders hoher Bedeutung. Die Wichtigkeit der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten fällt in den Wählerschaften unterschiedlich aus. Mögliche Koalitionen spielen dagegen für alle Wählerinnen und Wähler eine vergleichsweise untergeordnete Rolle bei der Entscheidung. Die Ablehnung einer Koalition mit der AfD ist dagegen für fast alle Wählerschaften von hoher Wichtigkeit.

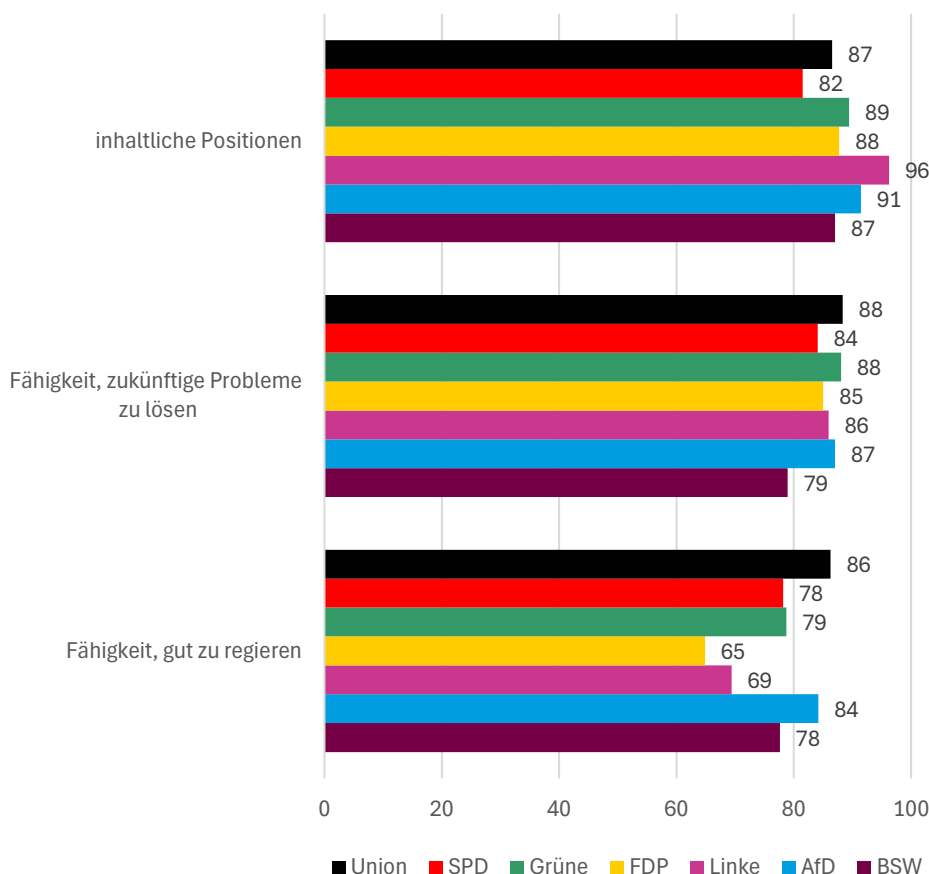
Insgesamt erreicht die angegebene Wichtigkeit der **inhaltlichen Positionen** der Parteien bei allen Wählerschaften einen sehr hohen Wert. Fast jede/r Befragte gibt hier an, dass die inhaltlichen Positionen ganz wichtig oder eher wichtig für die Wahlentscheidung waren. Die Wählerschaft der Linken fällt hier mit einem Wert von 96 Prozent im Vergleich besonders auf. Die Partei wurde noch stärker als andere Parteien aufgrund ihrer politischen Positionierung gewählt. Auch für die AfD-Wählerschaft waren die inhaltlichen Positionen für die Wahlentscheidung besonders wichtig (91 Prozent). Ein weiterer Hinweis, dass die Partei nicht länger aus Protest, sondern gerade aufgrund ihrer Inhalte gewählt wird. Auf dem vergleichsweise hohen Niveau geben die Wählerinnen und Wähler der SPD etwas weniger häufig an, dass die inhaltlichen Positionen der SPD für sie (ganz) wichtig waren (82 Prozent).

Die zugesprochene Kompetenz, politische Probleme lösen zu können, gilt als wichtiger Gradmesser für den Wahlerfolg von Parteien. Allgemein war diese **Problemlösungskompetenz** für die Wählerinnen und Wähler aller Parteien wichtig für die

Wahlentscheidung. Es zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den Wählerschaften. Lediglich innerhalb der BSW-Wählerschaft wurde die Problemlösungskompetenz etwas seltener als (sehr) wichtig für die Wahlentscheidung eingestuft (79 Prozent) als bei allen anderen Wählerschaften (84–88 Prozent).

Größere Unterschiede zeigen sich bei der Wichtigkeit der **Fähigkeit, gut zu regieren**, für die Wahlentscheidung. Für die Unions-Wählerschaft hatte es besondere Wichtigkeit für die Wahlentscheidung, dass die favorisierte Partei – in diesem Fall CDU/CSU – die Fähigkeit besitzt, gut zu regieren. Hier zeigt sich sowohl die große Unzufriedenheit der Unions-Wählerschaft mit der vergangenen Ampel-Regierung (vgl. auch Pokorny 2024b) als auch das Vertrauen in die Regierungskompetenz der eigenen Partei. Beachtlich ist auch die hohe Wichtigkeit bei AfD-Wählerinnen und -Wählern (84 Prozent), deren Partei bislang über keine Regierungserfahrung verfügt, die Regierungskompetenz ihr jedoch scheinbar aus der eigenen Wählerschaft zugesprochen wird. Weniger wichtig für die Wahlentscheidung war die Regierungskompetenz innerhalb der FDP-Wählerschaft sowie der Linken-Wählerschaft (65 bzw. 69 Prozent).

Abbildung 2: Wichtigkeit von ausgewählten Wahlmotiven bei der Bundestagswahl 2025 nach Parteianhängerschaften (1)



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils, eher unwichtig, ganz unwichtig, weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Wie wichtig waren/war ... der [gewählten Partei] bei Ihrer Entscheidung für die [gewählte Partei]?“

Für die Wählerinnen und Wähler der AfD, der SPD und den Linken war **das Bauchgefühl** bei der Wahlentscheidung von leicht höherer Wichtigkeit als bei anderen Parteien.

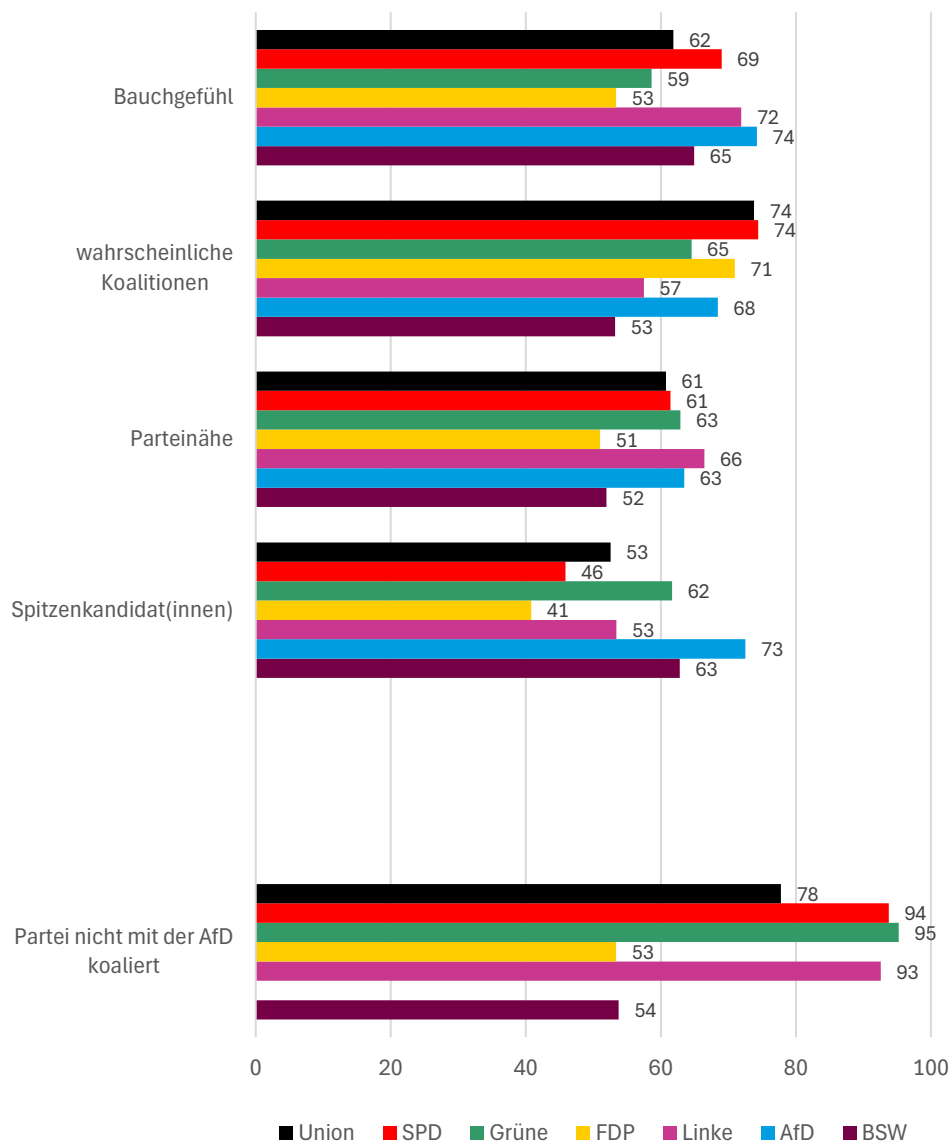
Die **möglichen Regierungskoalitionen** der präferierten Partei nach der Wahl spielten bei rund drei Vierteln der Unions- und SPD-Wählerschaft eine wichtige Rolle. Bei Linken- und BSW-Wählerinnen und -Wählern, die sich aufgrund der prognostizierten Mehrheitsverhältnisse weniger Hoffnung auf eine mögliche Regierungsbeteiligung machen konnten, spielten die Koalitionen eine entsprechend weniger wichtige Rolle.

Die **Parteinähe** ist im Vergleich ein weniger wichtiges Wahlmotiv bei allen Wählerschaften. Die größte durchschnittliche Wichtigkeit für die Wahlentscheidung erreicht das Motiv „Nähe zur Partei“ innerhalb der Linken-Wählerschaft (66 Prozent), gefolgt von AfD- und Grünen-Wählerschaft (63 Prozent). Mit Blick auf die überdurchschnittlich hohe Bedeutung der inhaltlichen Positionen (s. Abb. 2) ist es wahrscheinlich, dass Parteinähe von den Befragten vorrangig als inhaltliche Nähe und persönliche Übereinstimmung interpretiert wird. Auswertungen zur Parteiidentität zeigen, dass die Linken-Wählerschaft keinen überdurchschnittlich hohen Anteil mit fester Parteibindung aufweist (vgl. Pokorny im Erscheinen). Bei FDP- und BSW-Wählerschaft gibt indes nur jede/r Zweite an, dass eine Nähe zur Partei für die Wahlentscheidung (ganz) wichtig war.

Bei der Wichtigkeit der **Spitzenkandidatinnen/Spitzenkandidaten** zeigt sich ein differenziertes Bild. Die größte Wichtigkeit für die Wahlentscheidung besaß die Spitzenkandidatin bei der AfD-Wählerschaft (73 Prozent). Dies deckt sich mit der außerordentlich hohen Akzeptanz, die Alice Weidel in der AfD-Wählerschaft besitzt. Sie spiegelt sich in sehr hohen Beliebtheitswerten zum Zeitpunkt der Bundestagswahl wider (Forschungsgruppe Wahlen Februar 2025). Auf einer Skala von -5 bis +5 erreichte Weidel zwischenzeitlich einen Wert von 4,0 in ihrer Wählerschaft. Bei der angegebenen Wichtigkeit folgen danach BSW- (63 Prozent) und Grünen-Wählerschaft (62 Prozent), deren Spitzenkandidatin bzw. -kandidat in den eigenen Reihen ebenfalls über ein hohes Ansehen verfügte. Sahra Wagenknecht erreichte im Politbarometer zum Wahlzeitpunkt ebenfalls einen Wert von 4,0 in der eigenen Wählerschaft – Robert Habeck kam auf 3,7. Im Zeitvergleich zur Bundestagswahl 2021 zeigt sich zudem, dass der Spitzenkandidat der Grünen bei dieser Wahl für die eigene Wählerschaft mit 62 Prozent ein deutlich wichtigeres Wahlmotiv war als noch 2021 (36 Prozent). Gleiches gilt für die Wählerschaft von Union und Linken. Zwar spielen deren Spitzenkandidat bzw. -kandidatin verglichen mit anderen Wahlmotiven eine weniger wichtige Rolle, im Zeitvergleich zu 2021 bedeutet dies jedoch einen deutlichen Anstieg. So lag der Anteil derer, die angaben, der Spitzenkandidat sei für die Wahlentscheidung wichtig oder ganz wichtig gewesen bei der Union bei der Bundestagswahl 2021 bei 34 Prozent (2025: 53 Prozent) und bei der Linken-Wählerschaft bei 31 Prozent (2025: 53 Prozent). Eine starke Veränderung in die entgegengesetzte Richtung ist bei SPD- und FDP-Wählerschaft zu beobachten, für die der Spitzenkandidat 2021 noch eine besondere Wichtigkeit besaß. In der Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2021 gaben 79 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler an, dass Olaf Scholz ein wichtiges Wahlmotiv war – 2025 ist dieser Wert in der SPD-Wählerschaft auf 46 Prozent gefallen. Der Spitzenkandidat war demnach bei der SPD kein fördernder Faktor. Innerhalb der FDP-Wählerschaft kann Christian Lindner nicht an die Zugkraft der vergangenen Wahl anknüpfen und ist nur für 41 Prozent ein wichtiger Faktor (2021: 62 Prozent).

Für die Wählerschaften von Grünen, Linken, SPD und Union ist von großer Wichtigkeit, dass die eigene **Partei nicht mit der AfD koaliert**. Fast alle Befragten in der Grünen- (95 Prozent), SPD- (94 Prozent) und Linken-Wählerschaft (93 Prozent) geben an, dass es für sie (ganz) wichtig für die Wahlentscheidung sei, dass ihre Partei nicht mit der AfD koaliere. Auch bei der Union spielt dies für eine große Mehrheit (78 Prozent) eine wichtige Rolle. Innerhalb der BSW- (54 Prozent) und FDP-Wählerschaft (53 Prozent) ist ein Koalitionsausschluss gegenüber der AfD nur für rund jede/n Zweite/n wichtig.

Abbildung 3: Wichtigkeit von ausgewählten Wahlmotiven bei der Bundestagswahl 2025 nach Parteianhängerschaften (2)

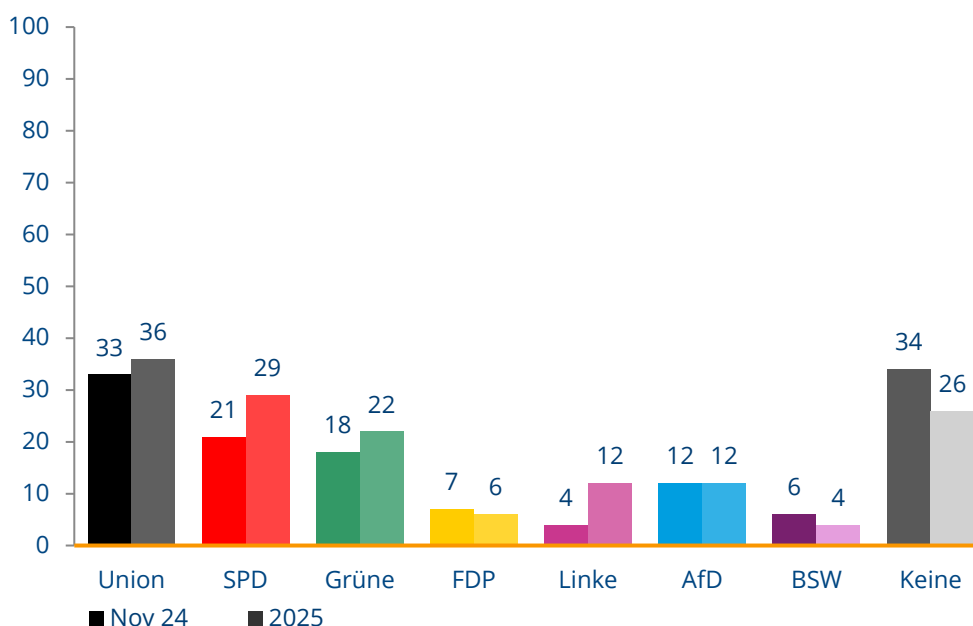


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils, eher unwichtig, ganz unwichtig, weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Wie wichtig waren/war ... der [gewählten Partei] bei Ihrer Entscheidung für die [gewählte Partei]?“

Politische Probleme und Lösungskompetenzen

Folgt man der Logik der Wahlmotive, so spielen Lösungskompetenzen eine besonders große Rolle. Wem wurde also allgemein am ehesten zugetraut, die politischen Probleme zu lösen? Die Frage, welche Partei/en – alles in allem – die aktuellen Probleme lösen können, gibt Aufschluss über einen wichtigen Indikator für die Wahlentscheidung. Denn die Antworten auf diese Frage liefern zumeist einen entscheidenden Fingerzeig für den Wahlausgang über die Ergebnisse der aktuellen Sonntagsfrage hinaus.

Abbildung 4: Allgemeine Problemlösungskompetenz nach Parteianhängerschaften im Zeitvergleich



Quelle: Umfragen 1056 und 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Mehrfachnennungen möglich. Nicht dargestellt: alle Parteien/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Welche Parteien können Ihrer Meinung nach – alles in allem – die aktuellen Probleme lösen?“

Bei der allgemeinen Problemlösungskompetenz lag die Union drei Monate vor der Wahl deutlich vorn und kann diesen Wert nach der Bundestagswahl ausbauen. Vor dem Wahlkampf im November nannte jeder Dritte die Union – ein weiteres Drittel traute keiner Partei die Lösung der aktuellen Probleme zu. Damit lag die Union deutlich vor ihren Mitbewerbern SPD (21 Prozent) und Grüne (18 Prozent). Auch nach der Bundestagswahl liegt die Union in der Problemlösungskompetenz deutlich vorn und kann ebenso zulegen (+3) wie SPD (+8), Grüne (+4) und Linke (+8 Prozentpunkte). Für die AfD führt der Wahlkampf dagegen zu keiner Veränderung.

In der Folge ändert sich zwar nichts an der Reihenfolge der Parteien in der zugeschriebenen Problemlösungskompetenz, allerdings sieht nur noch gut ein Viertel (26 Prozent) keine Partei in der Lage, die aktuellen Probleme zu lösen. Die politischen Ideen zur Problemlösung bzw. die verstärkte Diskussion darüber im Wahlkampf konnte demnach möglicherweise einige Wählerinnen und Wähler von einer Partei überzeugen.

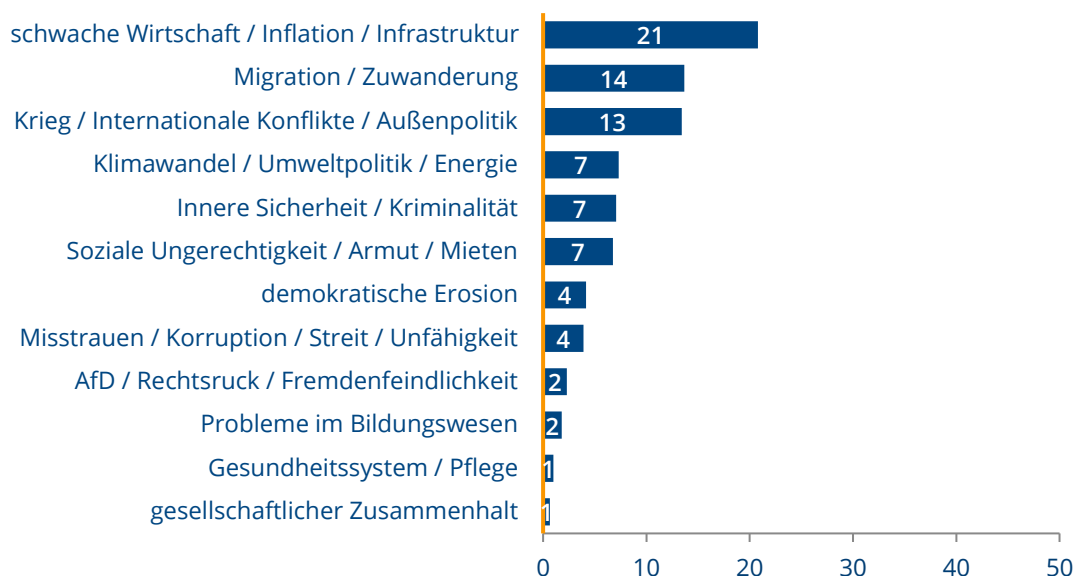
Politische Probleme und die zugeschriebenen Kompetenzen

Die drei wichtigsten politischen Probleme waren für die Wählerinnen und Wähler Wirtschaft, Migration und internationale Konflikte. Die Union besitzt bei Wirtschafts- und außenpolitischen Themen klar die Lösungskompetenz – beim Themenfeld Migration werden AfD und Union dagegen gleichermaßen genannt.

Angesichts der Wichtigkeit der allgemeinen Problemlösungskompetenz stellt sich automatisch die Frage, an welche Probleme die Wählerinnen und Wähler dabei konkret denken und welche Partei sie im jeweiligen Politikfeld als kompetent erachten. Was waren und sind also die aktuellen politischen Probleme? Die Frage wurde den Befragten offen gestellt, das heißt ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten. Berücksichtigt wurde jeweils die erste Antwort – also der erste Impuls, die erste Assoziation, auch wenn mehrere Themen oder Probleme genannt wurden.

Zunächst zeigt sich die bei dieser Bundestagswahl dominierende Fragmentierung auch im thematischen Bereich. Es gibt nicht das eine, drängende Problem, sondern viele akute Probleme. Auf Platz eins liegt die „schwache Wirtschaft“, häufig auch in Kombination mit der (zu) hohen Inflation oder einer maroden Infrastruktur. Rund 21 Prozent und damit gut jede/r Fünfte bezieht sich auf diesen Problembereich. Auf Platz zwei folgt Migrationspolitik (14 Prozent) und auf Platz drei Themen der Außenpolitik, äußeren Sicherheit oder internationaler Konflikte rund um Krieg und Frieden (13 Prozent). Mit weiterem Abstand folgen Nennungen zu Energie- und Klimapolitik, innerer Sicherheit und Kriminalität sowie zu sozialer Ungerechtigkeit (jeweils 7 Prozent). Wiederholt genannt werden Themen der Demokratiegefährdung oder der politischen Verdrossenheit (je 4 Prozent). Vereinzelt auffällig sind zudem ein konkreter Bezug auf einen Rechtsruck bzw. Fremdenfeindlichkeit, zumeist im Kontext der AfD (2 Prozent), sowie zum Bildungs- (2 Prozent) und Gesundheitssystem (1 Prozent) sowie zur gesellschaftlichen Spaltung (1 Prozent).

Abbildung 5: Die wichtigsten politischen Probleme aus Sicht der Wählerschaft

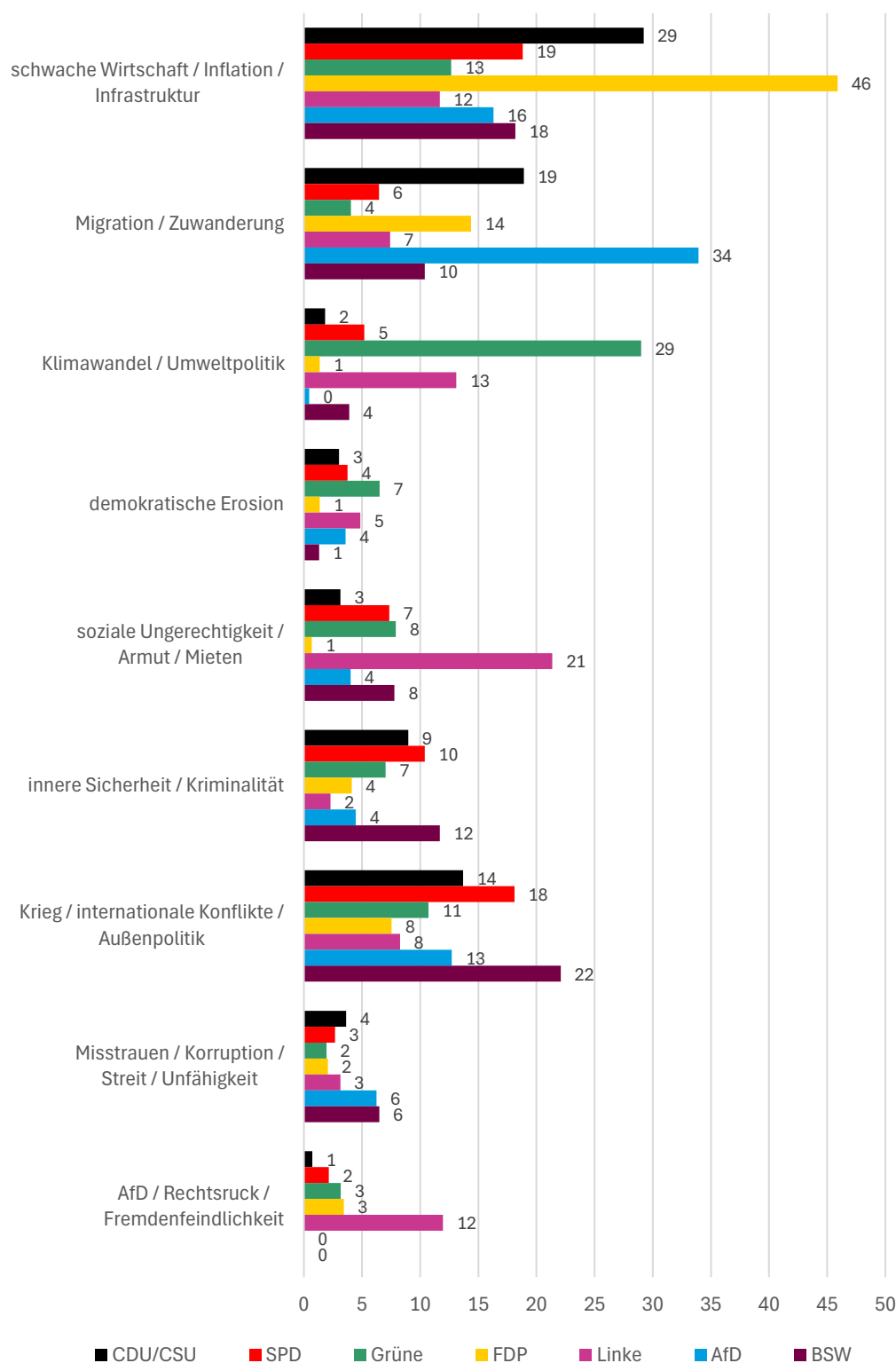


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Offene Nennung ohne Antwortvorgaben. Fehlende Werte zu 100 Prozent: sonstige Nennungen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland?“

Mit Blick auf die einzelnen Wählerschaften zeigt sich eine große Diversität bei den wahrgenommenen, wichtigsten Problemen. Nahezu in jeder Wählerschaft dominiert ein anderes Politikfeld.

Wählerinnen und Wähler der Union nennen vor allem die drei meisterwähnten Themen Wirtschaft (29 Prozent), Migration (19 Prozent) und internationale Konflikte (14 Prozent). In der SPD-Wählerschaft liegt ebenfalls Wirtschaft auf Rang eins (19 Prozent) vor internationalen Konflikten (18 Prozent) und innerer Sicherheit (10 Prozent). Während in der Grünen-Wählerschaft das Thema Klimawandel (29 Prozent) meistgenannt wird, ist es bei den FDP-Wählerinnen und -Wählern mit großem Abstand das Thema Wirtschaft. Fast jede/r Zweite identifiziert hier die Wirtschaftsthemen als das größte politische Problemfeld (46 Prozent). In der Linken-Wählerschaft stechen dagegen soziale Ungerechtigkeit (21 Prozent), Klimawandel (13 Prozent) sowie Rechtsruck (12 Prozent) heraus. Wirtschaft, Inflation oder Infrastrukturschwächen werden innerhalb der Linken-Wählerschaft am seltensten genannt (12 Prozent). Unter AfD-Wählerinnen und -Wählern ist Migration das bestimmende politische Problem. Gut jede/r Dritte sieht hier die größte politische Herausforderung (34 Prozent). Mit Abstand folgen Wirtschaft (16 Prozent) und internationale Konflikte (13 Prozent). In der BSW-Wählerschaft werden dagegen die internationalen Konflikte rund um Krieg und Frieden am häufigsten als wichtigstes politisches Problem genannt (22 Prozent), noch vor Wirtschaft (18 Prozent) und innerer Sicherheit (12 Prozent).

Abbildung 6: Die wichtigsten politischen Probleme nach Wählerschaften

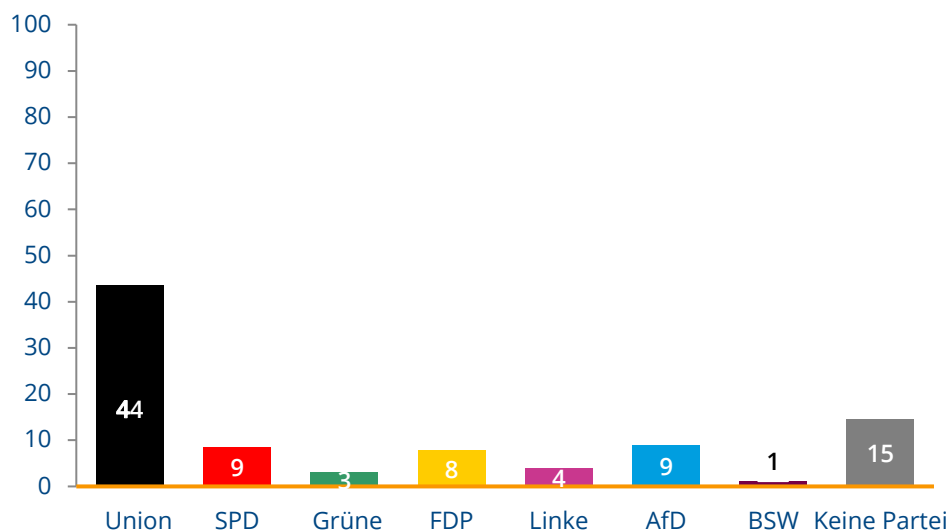


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Offene Nennung ohne Antwortvorgaben. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland?“

Problemlösungskompetenzen bei den wichtigsten politischen Problemen

Trotz der hohen Fragmentierung bei der Nennung der wichtigsten politischen Themen stechen drei heraus. Besondere Bedeutung besaßen die Themen Wirtschaft, Migration und Außenpolitik. Fast jede/r zweite Wähler/in nennt eines dieser drei Themen. Entscheidend ist demnach, wer die Problemlösefähigkeit bei diesen besonders wichtigen Themen besitzt.

Abbildung 7: Problemlösungskompetenz im Bereich Wirtschaft/Inflation

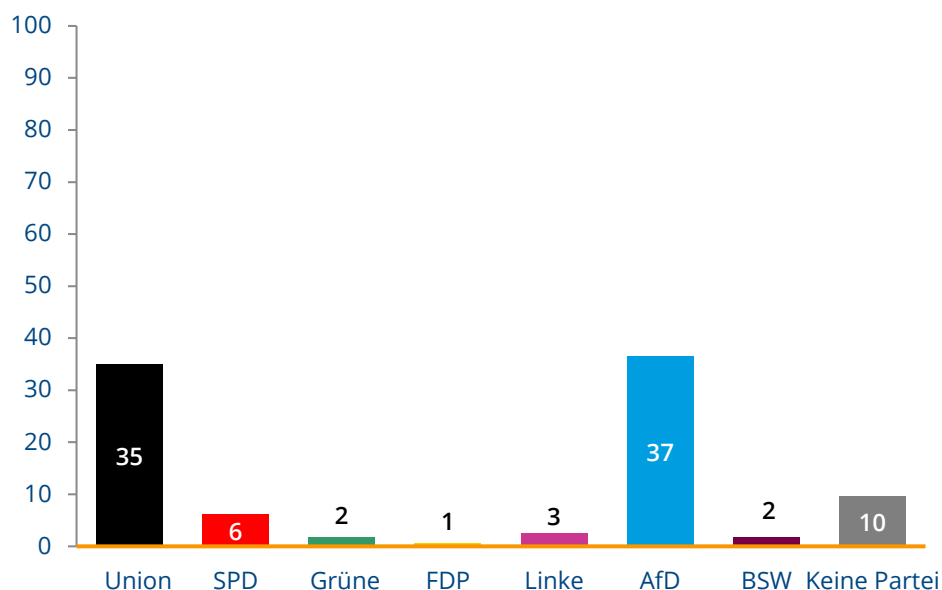


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wählerinnen und Wähler, die Wirtschaft/Inflation als wichtigstes politisches Problem benennen.

Frage: „Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen?“

Die Union besitzt unter denjenigen, die das Thema Wirtschaft als wichtigstes politisches Problem nennen, mit deutlichem Abstand die größte Lösungskompetenz. Fast jede/r Zweite sieht die Union geeignet, Wirtschaft und Infrastruktur zu stärken. Aus dieser Gruppe machen am Ende knapp drei Viertel ihr Kreuz bei der Union. Abgeschlagen folgen die Nennungen „keine Partei“ (15 Prozent) vor SPD, AfD (je 9 Prozent) und FDP (8 Prozent).

Abbildung 8: Problemlösungskompetenz im Bereich Migration/Zuwanderung



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wählerinnen und Wähler, die Migration/Zuwanderung als wichtigstes politisches Problem benennen.

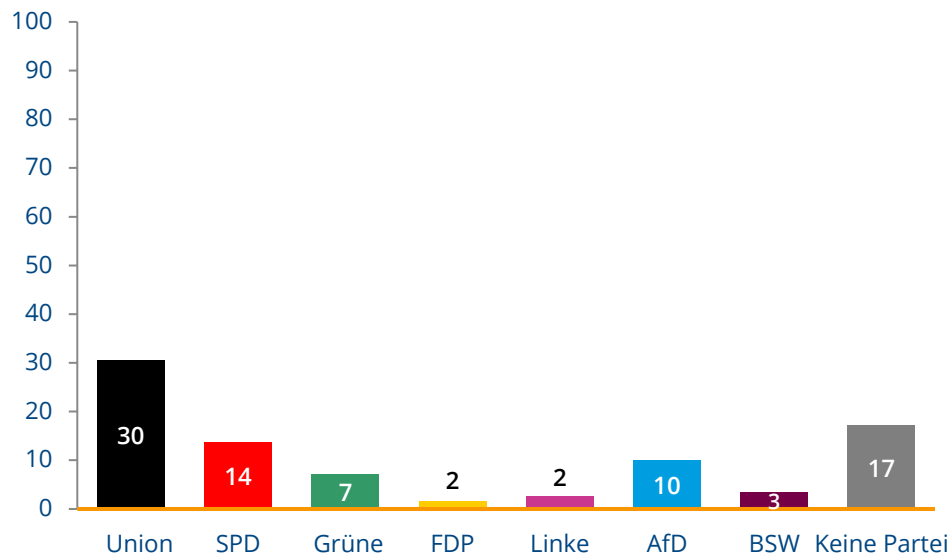
Frage: „Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen?“

Die AfD und die Union besitzen die Problemlösungskompetenz beim Thema Migration innerhalb der Wählerinnen und Wähler, die dieses Thema als das wichtigste politische Problem identifizieren.

Für 14 Prozent der Wahlberechtigten war die Migration in der Nachwahlbefragung das wichtigste Problemfeld (s. Abb. 5). Davon sehen insgesamt 37 Prozent die AfD und 35 Prozent die Union geeignet, Probleme auf diesem Themenfeld zu lösen.

Die Lösungskompetenz beim wichtigen Thema Migration geht demnach weder eindeutig mit Union noch mit der AfD „nach Hause“. Im Gegenteil, wer das Thema und die AfD in der Lösungskompetenz nennt, machte zu 89 Prozent sein Kreuz bei der AfD, wer die Union nennt, wählte zu 75 Prozent auch die Union bei der Bundestagswahl. Andere Parteien spielen bei der Lösungskompetenz kaum eine Rolle.

Abbildung 9: Problemlösungskompetenz im Bereich Internationale Konflikte/Krieg und Frieden



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wählerinnen und Wähler, die internationale Konflikte/Krieg und Frieden als wichtigstes politisches Problem benennen. Frage: „Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen?“

Auch Themen im Bereich der Außenpolitik, insbesondere internationale Kriege und Sicherheit, werden häufiger genannt (13 Prozent, s. Abb. 5). Wer dies als das wichtigste politische Problemfeld nennt, sieht vor allem die Union geeignet, Lösungen zu finden (30 Prozent, s. Abb. 9). Es folgen die Nennungen für „keine Partei“ (17 Prozent) und dahinter die SPD (14 Prozent).

Ein Ergebnis des hohen Fragmentierungsgrads der Wählerschaften ist, dass jede Wählerschaft einzelne Themen besetzt und dort die Kompetenz bei der eigenen, präferierten Partei sieht (ohne Abbildungen im Folgenden): So wird das Problem des Klimawandels überdurchschnittlich häufig von Wahlberechtigten genannt, die hier die Kompetenz bei den Grünen sehen (71 Prozent). Aus dieser Gruppe haben vier Fünftel ihr Kreuz bei den Grünen gemacht. Wer das Thema soziale Ungleichheit nennt, sieht am häufigsten die Linke mit einer Problemlösungskompetenz (35 Prozent). Drei Viertel aus dieser Gruppe haben die Linke gewählt. Wahlberechtigte, die das Thema innere Sicherheit als wichtigstes politisches Problem einordnen, verorten die Lösungskompetenz vor allem bei der Union (36 Prozent). In dieser Gruppe erhält die Union über drei Viertel der Stimmen bei der Bundestagswahl. Die Problemlösungskompetenz für den Themenkomplex AfD/Rechtsruck/Fremdenfeindlichkeit wird sowohl bei der Linken (34 Prozent) als auch bei der Union (33 Prozent) gesehen (SPD: 14, Grüne: 13 Prozent). Diejenigen, die dies als wichtigstes politisches Problem ausmachen, landen allerdings in ihrer Wahlentscheidung deutlich häufiger bei der Linken (51 Prozent) als bei der Union (7 Prozent).

Wahlkampf und mögliche Effekte

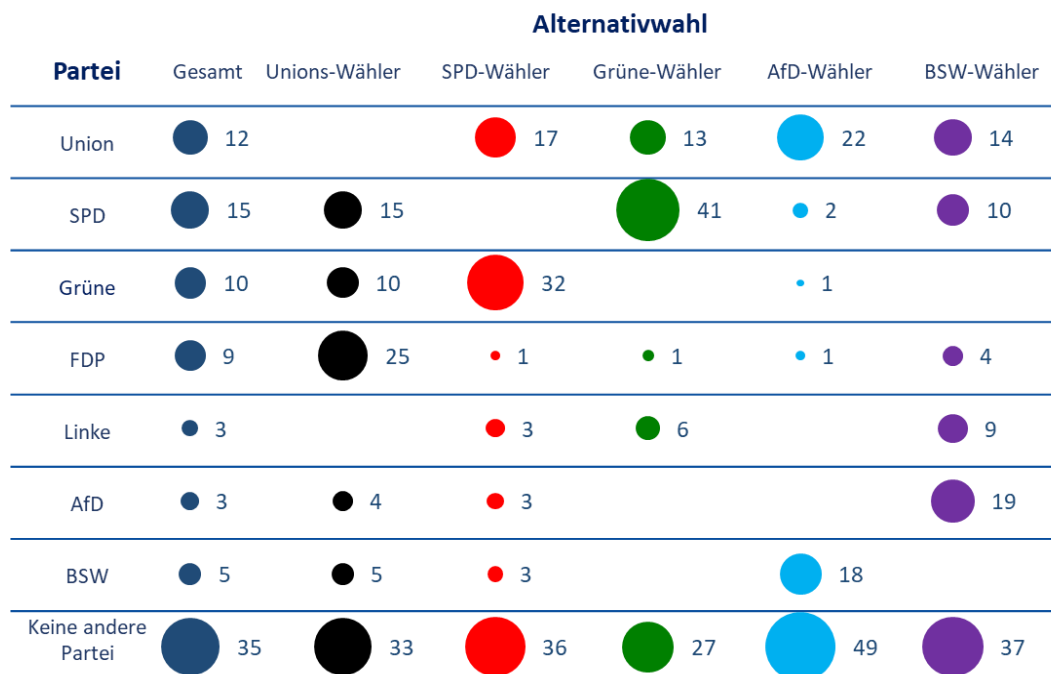
Durch die Befragung unmittelbar vor dem Bundestagswahlkampf im November 2024 sowie direkt nach der Bundestagswahl im Februar 2025 ist es möglich, Rückschlüsse auf Bewegungen in der Wählerschaft zur Zeit des Bundestagswahlkampfes zu ziehen.

Potenztiale der Parteien vor der Bundestagswahl 2025

Grundsätzliche Potenzen von Parteien werden nicht nur durch eine passende Themenagenda oder das Personalangebot bestimmt, sondern auch durch Parteisympathie bzw. Parteiidentifikation. Pokorny (im Erscheinen) zeigt in ihrer Studie, dass nur wenige Wählerinnen und Wähler lediglich eine Partei mögen (20 Prozent) und das gerade unter Personen mit Parteibindung etwa drei Viertel auch andere Parteien mögen. Bei aller Multipolarität stellt sich dennoch die Frage, inwiefern andere Parteien auch tatsächlich als Wahlalternative betrachtet werden.

Vor dem Bundestagswahlkampf im November 2024 konnten sich etwa 60 Prozent der Wählerinnen und Wähler mit Wahlabsicht vorstellen, alternativ auch eine andere Partei zu wählen. Über größere Potenzen bei anderen Wählerschaften verfügten insbesondere SPD (15 Prozent), Union (12 Prozent), Grüne (10 Prozent) und die FDP (9 Prozent). Die Linke steht im November 2024 bei lediglich 3 Prozent in den Umfragen. Nur wenige Wählerinnen und Wähler mit Wahlabsicht ziehen die Linke zu diesem Zeitpunkt als Alternative in Betracht. Mit Blick auf das Wahlergebnis der Linken (8,8 Prozent) wird die Partei somit mutmaßlich erst im Laufe des Wahlkampfes zur Alternative.

Abbildung 10: Wahlabsicht und Wahlalternativen vor der Bundestagswahl 2025



Quelle: Umfrage 1056 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent in den Wählerschaften: Sonstige/weiß nicht/keine Angabe. Die Potenzen innerhalb der Linken- und FDP-Wählerschaft können aufgrund der niedrigen Fallzahlen nicht aufgeschlüsselt werden. Frage: „Und könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen? Wenn ja, welche?“

Lesehilfe: 15 Prozent der Unions-Wähler können sich vorstellen, alternativ SPD zu wählen. 17 Prozent der SPD-Wählerschaft können sich vorstellen, alternativ die Union zu wählen.

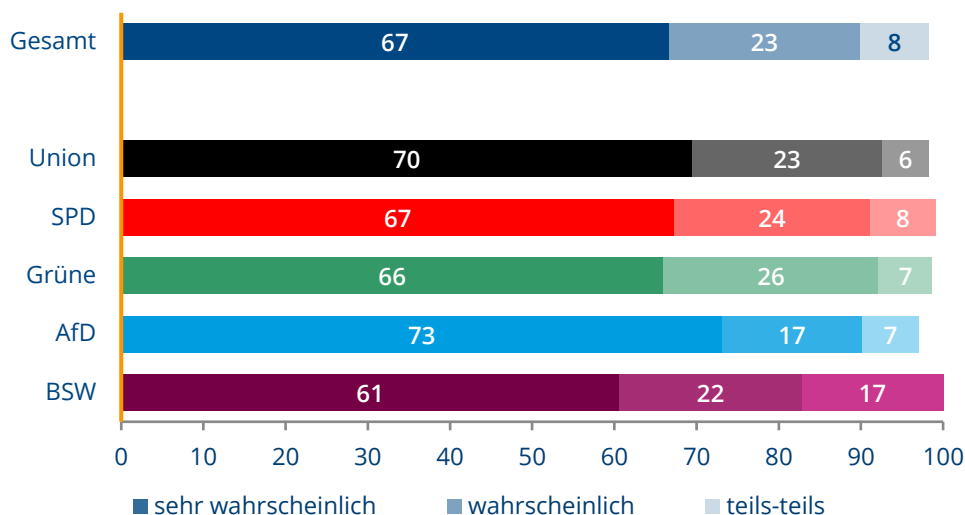
Die größten Potenziale für die Union lagen – übersetzt in mögliche Wählerstimmen – in bzw. links der politischen Mitte, insbesondere bei FDP-, SPD- (17 Prozent) und Grünen-Wählerschaft (13 Prozent). Unter AfD-Anhängerinnen und -Anhängern nannte im November gut jede/r Fünfte die Union als Alternative, zudem gaben 14 Prozent der BSW-Wählerschaft an, alternativ die Union in Betracht zu ziehen.

Die SPD besaß einerseits ein Potenzial bei der Unions-Wählerschaft (15 Prozent) sowie andererseits ein großes Potenzial bei Grünen-Wählerinnen und -Wählern (41 Prozent). Andersherum konnten sich viele SPD-Wählerinnen und -Wähler die Grünen als Alternative vorstellen (32 Prozent). Auch bei der Linken-Wählerschaft besaßen die Grünen im November ein Potenzial. Die FDP konnte auf ein Viertel der Unions-Wählerschaft hoffen (25 Prozent). Die Linke hatte kaum eine Wählerschaft als Alternative auf dem Zettel (SPD-: 3 Prozent, BSW-: 9, Grünen-Wählerschaft: 6 Prozent). Die AfD besaß im November Potenziale in der BSW-Wählerschaft (19 Prozent) sowie geringfügig bei FDP-Wählerinnen und -Wählern. Andersherum besaß auch das BSW Potenziale in der AfD-Wählerschaft (18 Prozent). Eine Nähe der Wählerschaften in ihrer von Unzufriedenheit geprägten Sicht auf die Politik in Deutschland bei gleichzeitiger Ablehnung aller anderen Parteien (vgl. Werkmann/Frieß 2025) zeigt sich hier auch in den Wählerpotenzialen.

Wahlwahrscheinlichkeiten vor der Bundestagswahl 2025

Die grundsätzliche Möglichkeit, eine andere Partei zu wählen, setzt jedoch nicht voraus, dass die Wahl dieser Alternative tatsächlich umgesetzt wird. So hielten es im November 2024 zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler mit Wahlabsicht für sehr wahrscheinlich, dass sie die aktuell präferierte Partei auch bei der Bundestagswahl wählen würden. Besonders sicher waren sich die AfD-Wählerinnen und -Wähler (73 Prozent). Etwas größere Zweifel hatte die BSW-Wählerschaft (61 Prozent).

Abbildung 11: Wahlwahrscheinlichkeit für die Wahl der präferierten Partei vor der Bundestagswahl 2025



Quelle: Umfrage 1056 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent in den Wählerschaften: unwahrscheinlich/sehr unwahrscheinlich/weiß nicht/keine Angabe. Für FDP und Linke liegen nicht genug Befragte vor.

Frage: „Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie die/der/dem [präferierte Partei] bei der nächsten Bundestagswahl Ihre Stimme geben?“

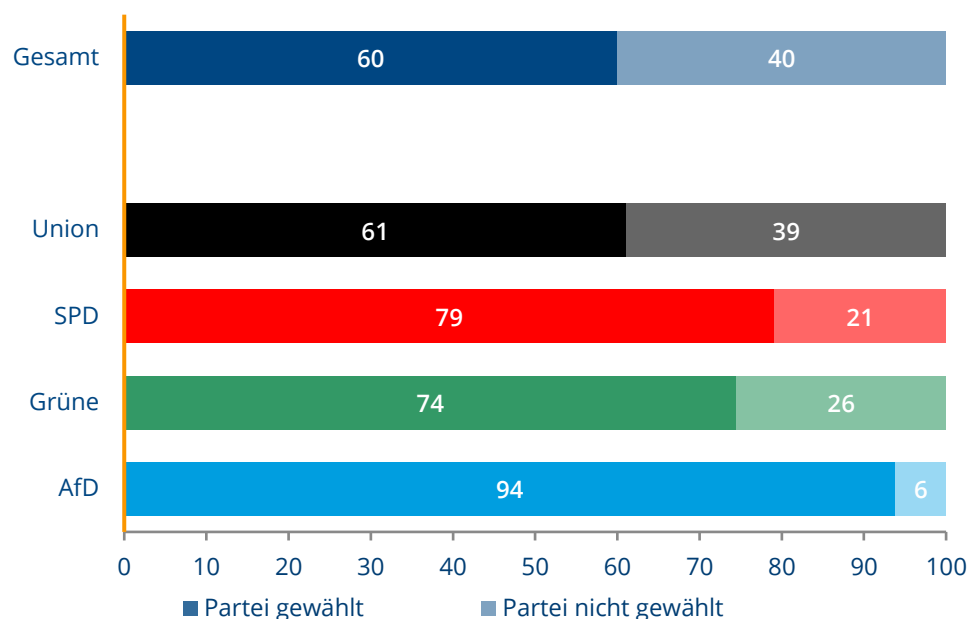
Wählerbindung und Wechselquote im Wahlkampf

Insgesamt haben 60 Prozent der Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl 2025 die Entscheidung getroffen, die sie bereits vor dem Bundestagswahlkampf favorisierten.

Die Ergebnisse einer Befragung derselben Personen vor (November 2024) und nach der Bundestagswahl ermöglichen die Einschätzung einer „Wechselquote“. Diese sagt aus, wie viele Wählerinnen und Wähler ihre Entscheidung in der Wahlkampfzeit geändert haben.

Besonders selten waren kurzfristige Wechsel in der AfD-Wählerschaft. 94 Prozent derjenigen, die die AfD bei der Sonntagsfrage im November bevorzugten, wählten die AfD letztlich auch bei der Bundestagswahl. Mit größerem Abstand folgen SPD- (79 Prozent) und Grünen-Wählerschaft (74 Prozent). Die Unions-Wählerinnen und -Wähler (61 Prozent) liegen im Durchschnitt (60 Prozent). Dieser Durchschnitt enthält auch diejenigen, die an der Nichtwahl, einer ungültigen Stimme oder an der Wahl einer anderen Partei als den hier dargestellten festhielten.

Abbildung 12: Wählerbindung zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich zum Zeitpunkt vor dem Wahlkampf (November 2024)



Quelle: Umfragen 1056 und 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Eigene Darstellung auf Basis der Angaben zur Sonntagsfrage im November 2024 und den Angaben zur Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl im Februar 2025. Für FDP, Linke und BSW liegen nicht genug Befragte vor, die zu beiden Zeitpunkten befragt wurden.

In allen Parteianhängerschaften – außer der AfD – entschieden sich demnach mindestens ein Fünftel in der Phase des Wahlkampfes für eine andere Partei. Die Aussage „Im Wahlkampf habe ich meine Entscheidung geändert“ bezeichnet zudem ebenfalls ein Fünftel als mindestens teilweise zutreffend (ohne Darstellung).³ Was könnte im Wahlkampf den Ausschlag für diese Wechsel gegeben haben?

Beeinflussende Faktoren im Wahlkampf

Für rund ein Drittel aller Wählerinnen und Wähler gab es im Wahlkampf etwas, was die Wahlentscheidung beeinflusst hat. Genannt werden hier vor allem (konkrete) Parteipositionen, Vertrauen oder Misstrauen in Personen, Koalitionsmöglichkeiten und die beiden wichtigsten politischen Problemfelder Wirtschaft und Migration.

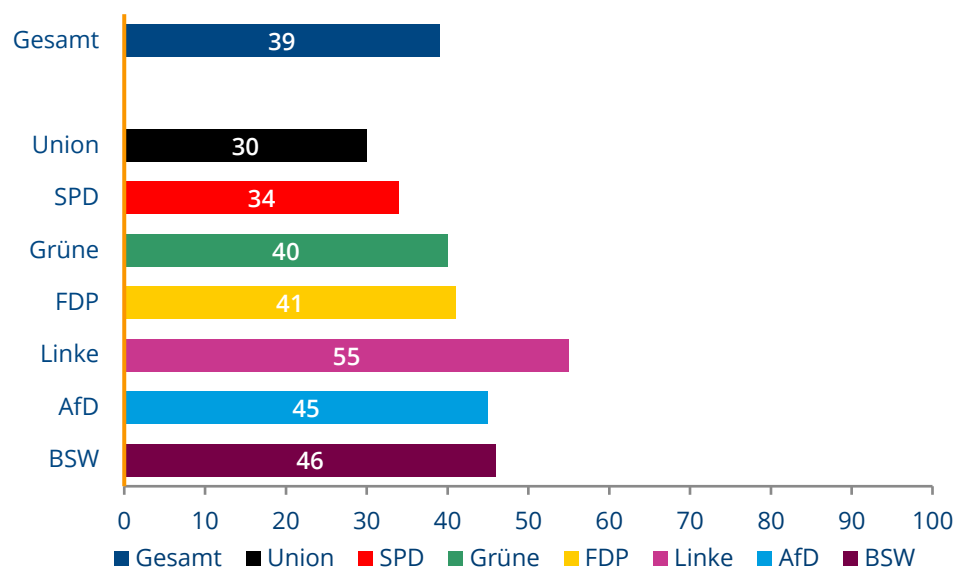
Die Effekte oder Nicht-Effekte von Wahlkämpfen sind unheimlich schwierig zu messen. Einerseits bräuchte man eine Information vieler Wählerinnen und Wähler über alle wahrgenommenen Eindrücke (Plakate, Talk-Shows, Gespräche mit Freunden, ...). Andererseits bedürfte es jeweils einer Information über die Bewertung dieser Eindrücke und ob diese Bewertung zu einer Veränderung in der Einschätzung von Parteien, Themen oder Personen führt.

Allerdings sind es manchmal einzelne Ereignisse, Erlebnisse oder politische Positionen, die die Wahlberechtigten stark beeinflussen – und diese können häufig auch gezielt benannt werden. Selbstauskünfte zu subjektiven Gründen der Wahlentscheidung können einen hilfreichen Beitrag zur Erklärung von Wahlverhalten leisten (vgl. Blumenstiel/Rattinger 2012).

Daher wurde den Befragten nach der Wahl die Frage gestellt, ob es etwas im Wahlkampf gab, was ihre Entscheidung beeinflusst hat.

Abbildung 13: „Im Wahlkampf gab es etwas, dass mich beeinflusst hat.“

Hier: Anteil „ja“ nach Parteianhängerschaft



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Nein, gab es nicht./weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Gibt es etwas aus dem Wahlkampf, das Ihre Entscheidung beeinflusst hat? Was war das?“

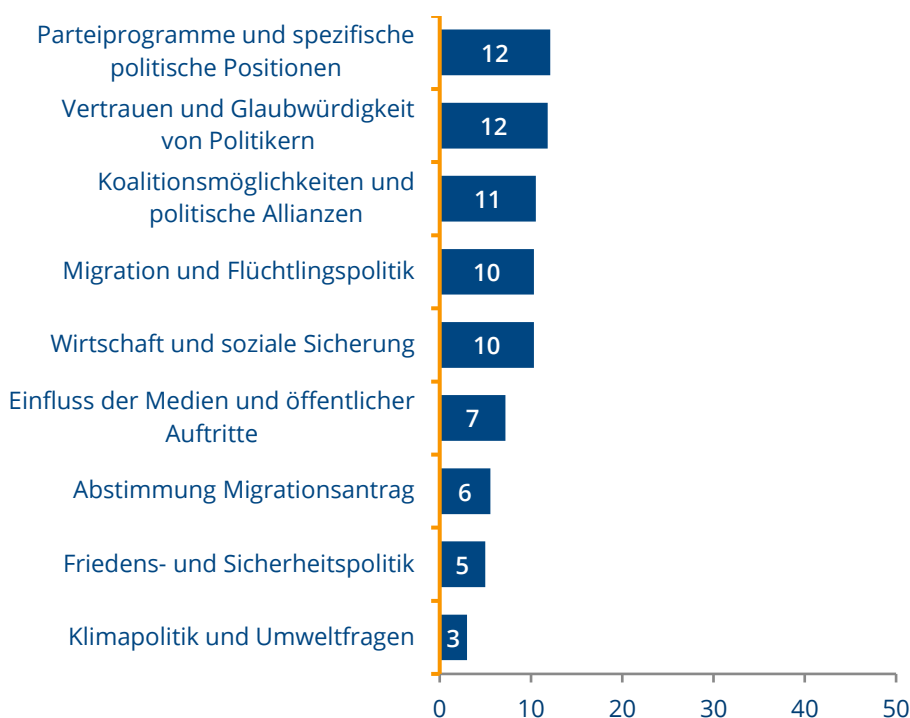
Etwa vier von zehn Wählerinnen und Wählern geben an, im Wahlkampf durch etwas beeinflusst worden zu sein. Am häufigsten machen Linke- (55 Prozent), AfD- (45 Prozent) und BSW-Wählerschaft (46 Prozent) eine Angabe. Bei der Unions- (30 Prozent) und der SPD-Wählerschaft (34 Prozent) geben dagegen etwas weniger Befragte an,

dass es im Wahlkampf etwas gab, was sie beeinflusst hat. Die Wählerschaften der Parteien der Ränder geben demnach häufiger an, dass es für sie im Wahlkampf einen Moment der Beeinflussung gab.

Wenig überraschend: Wer seine Entscheidung im Wahlkampf wechselte, gibt deutlich häufiger an, durch etwas beeinflusst worden zu sein. Hier ist der Anteil mit über zwei Dritteln (68 Prozent, ohne Abbildung) deutlich höher als im Gesamtdurchschnitt.

Die Wählerinnen und Wähler, die angaben, durch „etwas“ im Wahlkampf beeinflusst worden zu sein (39 Prozent), wurden ohne Antwortvorgaben gefragt, was dieses „etwas“ denn konkret war. Ähnliche Antworten wurden in der Auswertung zusammengefasst.

Abbildung 14: „Gibt es etwas aus dem Wahlkampf, das Ihre Entscheidung beeinflusst hat? Was war das?“



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Basis: Befragte, die angegeben haben, durch etwas beeinflusst worden zu sein. Offene Frage ohne Antwortvorgaben – ähnliche Nennungen wurden in Kategorien zusammengefasst. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Sonstiges, weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Gibt es etwas aus dem Wahlkampf, das Ihre Entscheidung beeinflusst hat? Was war das?“

Insgesamt zeigt sich, dass die bestimmenden politischen Themen (Migration, Wirtschaft) sowie Parteiprogramme, Koalitionsüberlegungen und grundsätzliches Parteivertrauen einen größeren Einfluss hatten als singuläre Ereignisse (Anschläge, „Migrationswoche“) oder öffentliche Auftritte (Reden, Fernsehduelle).

Rund 12 Prozent nennen Parteiprogramme oder konkrete politische Positionen von Parteien, mit denen sie entweder stark übereinstimmen oder die sie stark ablehnen.

Weitere 12 Prozent der Nennungen beziehen sich auf ein besonderes Vertrauen oder die Glaubwürdigkeit von politischen Parteien bzw. auf ein starkes Misstrauen gegenüber anderen Parteien oder politischem Personal. Für 11 Prozent sind dagegen die Koalitionsmöglichkeiten und politischen Allianzen ein wahlentscheidender Punkt. Die Ausführungen reichen von der Fünf-Prozent-Hürde bis hin zur Stärkung bzw. Verhinderung bestimmter politischer Lager. Hier spielen sowohl wahltaktische Überlegungen aufgrund der vorherigen Wahlprognosen eine Rolle als auch die häufig genannte Absicht, die AfD zu verhindern bzw. zu schwächen.

Mit jeweils 10 Prozent folgen die beiden wichtigsten politischen Themen Migration und Wirtschaft. Im Bereich Migration wird sowohl das Themenfeld als solches genannt sowie auch die politischen Positionen einzelner Parteien in der Migrationsfrage. Das Themenfeld Wirtschaft beinhaltet auch Nennungen zur Schuldenbremse sowie zu sozialer Sicherung (z. B. Rente). Die meisten Nennungen beziehen sich – wie bei der Nennung als politisches Problem – auf die schwache wirtschaftliche Lage als beeinflussender Grund im Wahlkampf.

Der Einfluss der Medien, d. h. öffentliche Auftritte, Reden, Berichterstattung – aber auch Fernsehduelle oder der Wahl-O-Mat werden von 7 Prozent als wichtiges Ereignis benannt. Demnach begründen nur wenige Wählerinnen und Wähler ihre Entscheidung mit der medialen Berichterstattung, Inhalten aus sozialen Medien oder den Ergebnissen von Wahlentscheidungshilfen.

Knapp 6 Prozent der Befragten nennen als Ereignis die Abstimmung zu Migrationsmaßnahmen im Bundestag.

Während die Außen- und Sicherheits- bzw. Friedenspolitik zu den wichtigsten drei Problemen gehörten, wird dieser Themenkomplex deutlich seltener (5 Prozent) als wahlbeeinflussend im Wahlkampf genannt – im Vergleich zu den Themenfeldern Wirtschaft und Migration. Kleinere Nennungen entfallen zudem auf den Bereich Klima- und Umweltpolitik sowie auf den Einfluss des Kandidaten Robert Habeck (je 3 Prozent) (nicht in Abbildung dargestellt).

Andere Themenkomplexe darunter z. B. extremistische Anschläge (~1 Prozent), soziale Gerechtigkeit (~<2 Prozent) werden nur vereinzelt genannt (nicht in Abbildung dargestellt).

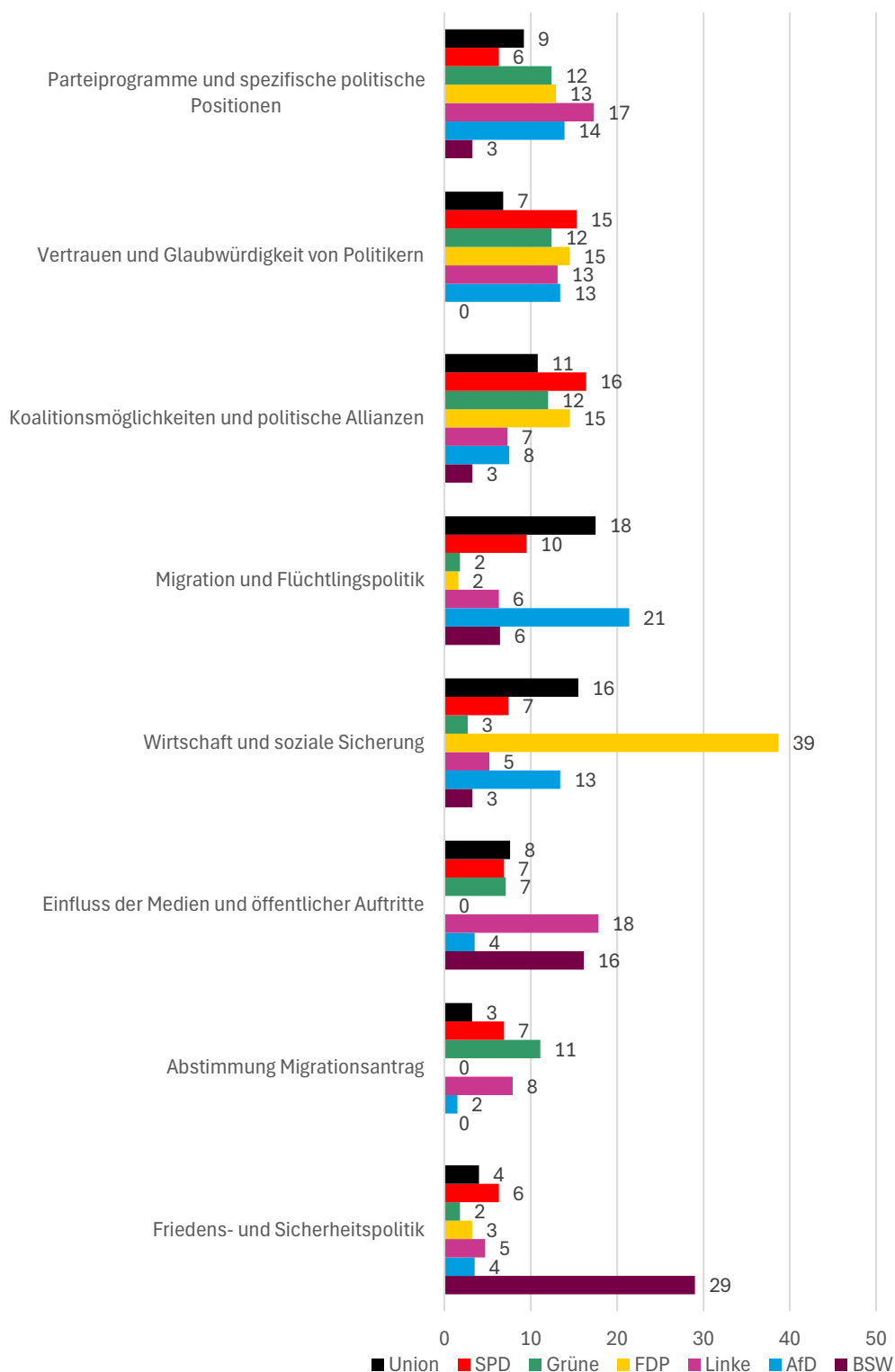
Unterschiede in den Wählerschaften

Je nach Wählerschaft hatten die einzelnen Bereiche einen unterschiedlich großen Einfluss. Wählerinnen und Wähler der Union wurden im Wahlkampf vor allem durch die Themenbereiche Migration (18 Prozent) und Wirtschaft (16 Prozent) beeinflusst. Die SPD-Wählerschaft nennt dagegen am häufigsten Koalitionsmöglichkeiten (16 Prozent) und Vertrauen in die Partei und ihr Personal (15 Prozent). Bei Grünen-Wählerinnen und -Wählern sticht der Themenbereich Klima (14 Prozent, ohne Abbildung) heraus. Zudem erhalten Parteiprogramm und Positionen, Koalitionspräferenzen und generelles Vertrauen sowie explizit Robert Habeck jeweils weitere 12 Prozent. Außerdem nennen jeweils 11 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler die Abstimmung zu Migrationsmaßnahmen im Bundestag als beeinflussenden Faktor.

In der FDP-Wählerschaft nennen 39 Prozent Wirtschafts- und Finanzthemen, insbesondere im Kontext der schwächelnden Wirtschaft oder der Schuldenbremse. Weitere Nennungen entfallen auf Koalitionsmöglichkeiten und besonderes Vertrauen (jeweils 15 Prozent) sowie auf das Parteiprogramm (13 Prozent). Linken-Wählerinnen und -Wähler beziehen sich ebenfalls auf das Parteiprogramm (17 Prozent) und auf den Einfluss öffentlicher/medialer Auftritte (18 Prozent). So verweisen beispielsweise unter den Linken-Wählerinnen und -Wählern, die den Einfluss eines konkreten Ereignisses bejahen, rund 4 Prozent auf die Rede von Heidi Reichinnek im Januar 2025 im Bundestag. Die AfD-Wählerschaft wird besonders durch das Migrationsthema beeinflusst (21 Prozent), ist aber auch überzeugt vom Parteiprogramm (14 Prozent) sowie von Partei und Personal (13 Prozent). Weitere 13 Prozent sind durch Wirtschafts- und Sozialthemen beeinflusst.

Unter BSW-Wählerinnen und -Wählern ist das Thema Frieden, internationale Konflikte und Außenpolitik nicht nur das am häufigsten genannte politische Problem (vgl. Abb. 6), sondern ist unter denjenigen, die einen konkreten Einfluss im Wahlkampf benennen können, mit 29 Prozent der Haupteinfluss. Zudem nennen 16 Prozent (überzeugende) öffentliche Auftritte, die sich vor allem auf die Person Sahra Wagenknecht beziehen.

Abbildung 15: Beeinflussende Faktoren nach Parteianhängerschaft



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Basis: Befragte, die angegeben haben, durch etwas beeinflusst worden zu sein. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent in den Wählerschaften: Sonstiges, weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Gibt es etwas aus dem Wahlkampf, das Ihre Entscheidung beeinflusst hat? Was war das?“

Besonders spannend ist die Frage, wohin diejenigen Wählerinnen und Wähler „gewandert“ sind, die ihre Entscheidung im Wahlkampf geändert haben. Aus den Wählerwanderungsmessungen von Infratest dimap (2025) am Wahltag ist bekannt, dass die Union Stimmen aus dem SPD-, FDP- und Nichtwählerlager hinzugewinnen konnte. An andere Parteien – mit Ausnahme der Grünen – gab sie dagegen netto Stimmen ab. Die SPD verlor insgesamt in fast alle Richtungen Stimmen. Lediglich von der FDP und aus dem Nichtwählerlager konnte ein Nettozuwachs verzeichnet werden. Die Grünen verloren besonders stark an die Linke und an die Union – sie gewannen auf niedrigem Niveau von der SPD, der FDP und dem Nichtwählerlager hinzu. Die FDP verlor in alle Richtungen. Die Linke verzeichnete dagegen aus allen Richtungen Zuwächse, insbesondere von den Grünen, der SPD, den sonstigen Parteien und aus dem Nichtwählerlager. Die AfD profitierte vor allem von der gestiegenen Wahlbeteiligung und gewinnt aus dem Nichtwählerlager sowie von Union, FDP, Sonstigen und der SPD. Nur sehr leichte Verluste verzeichnet die AfD an das BSW. Das BSW wiederum gewinnt vor allem von Sonstigen, SPD und der Linken Stimmen hinzu. Auch von der gestiegenen Wahlbeteiligung kann das BSW profitieren.

Mithilfe der rund 700 Personen, die vor dem Wahlkampf und nach der Wahl befragt wurden, können die Beweggründe einzelner Wechselwählerinnen und Wechselwähler nachvollzogen werden. Hierbei handelt es sich aufgrund der niedrigen Gesamtfallzahl und der Bereitschaft zur Wiederbefragung nicht um eine Methode mit Anspruch auf Repräsentativität für einzelne Gruppen. Vielmehr ist es eine qualitative Herangehensweise, die individuelle Beweggründe und Kausalitäten aufdeckt. Insbesondere für die Parteien mit größeren Fallzahlen und Wanderungsbewegungen zwischen beiden Umfragen (Union, SPD, Grüne) lohnt sich auf diese Weise eine Betrachtung der angeführten Gründe.

Wechselwahl von der Union →

Als Abkehrgründe von der Union werden – je nach gewählter Partei bei der Bundestagswahl 2025 – sehr unterschiedliche Gründe genannt. Die folgende Auswahl ist daher beispielhaft und nicht repräsentativ. Von „Wohnungsnot in der Familie“ (→ Wahlentscheidung: Die Linke), über „politische Lage und Koalitionsmöglichkeiten“ (→ Wahlentscheidung: SPD) bis hin zur „Einhaltung der Schuldenbremse“ (→ Wahlentscheidung: FDP) werden diverse beeinflussende Faktoren ohne erkennbares Muster genannt. Auch die „Förderung des Klimaschutzes“ (→ Wahlentscheidung: Grüne) oder die „Flüchtlingspolitik“ (→ Wahlentscheidung: AfD) finden Erwähnung. Eine Häufung zeigt sich allerdings bei Nennungen, die sich auf die „Brandmauer“, Migrationspolitik im Allgemeinen sowie die Abstimmung zu Migrationsmaßnahmen im Januar beziehen. Während spätere AfD-Wählende den „Ausschluss der CDU mit der AfD zu koalieren“ oder „die aktuelle politische Situation in Bezug auf die Asylpolitik“ als (mit)entscheidend benennen, wird „das Abstimmverhalten der CDU mit der AfD“ und die „Brandmauerdiskussion“ (jeweils Wahlentscheidung: Grüne) sowie „die Abstimmung CDU/AfD“ oder „die Menschlichkeit am Beispiel Flüchtlinge“ (jeweils Wahlentscheidung: SPD) von nach Mitte-links abgewanderten Wählerinnen und Wählern genannt. Es zeigt sich, dass die Union von der Betonung der Migrationsfrage nicht profitieren konnte.

Wechselwahl zur Union ←

Als Gründe für einen Wechsel zur Union werden vorrangig die drei wichtigsten Themen rund um Wirtschaft, Migration und Außenpolitik genannt. Beispielhafte Nennungen für

beeinflussende Faktoren sind hier: „Die Haltung der CDU zum Ukraine Konflikt, zu der Wirtschaft und der Migration“ (SPD → CDU) oder „das ganze Weltgeschehen und wer damit umgehen kann, hat sich im Wahlkampf herausgestellt“ (Grüne → CDU) sowie „die Voranbringung der Wirtschaft“ oder „die Position in der Migrationspolitik, Positionen zum Ukraine Krieg und der Verteidigungsfähigkeit“ (jeweils FDP → CDU). Von anderen FDP-Wechselnden wird auch die Schwäche der FDP und das mögliche Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde angeführt. Personen mit vorheriger Präferenz für die Grünen nennen „die offensive Ansprache der Migrationspolitik durch Friedrich Merz im Wahlkampf und das Darstellen einer glaubwürdigen Konkurrenz zur AfD“ und die gleichzeitige Verhinderung einer Machtoption für die AfD sowie einer großen Koalition als persönlich wichtige Einflussfaktoren. Zuvor unentschiedene Wähler zeigen sich durch einen „Politikwechsel“, das Auftreten des Kandidaten oder konkrete Themen wie „Gelder für die Bundeswehr, Einhalten der Schuldenbremse, Abschaffung des Bürgergeldes“ beeinflusst.

Wechselwahl von der SPD →

Bei den Abkehrgründen von der SPD zeigt sich eine Mischung aus Enttäuschung über die SPD und (inhaltliche) Überzeugungen für andere Parteien. Wählerinnen und Wähler, die letztlich die Linke gewählt haben, nennen Enttäuschung, den Ukraine Konflikt, die „Zusammenarbeit von CDU und AfD“ sowie andererseits das Wahlprogramm, die Plakate sowie den TikTok-Auftritt der Linken. Geäußert wird auch der Wunsch, dass die Linke im Bundestag vertreten ist. Aus vermeintlich anderer Richtung werden ebenfalls die „Haltung zur Verteidigungspolitik“ (→ Wahlentscheidung: Grüne) und die „Haltung der CDU zum Ukraine Konflikt, der Wirtschaft und der Migration“ (→ Wahlentscheidung: CDU) genannt.

Wechselwahl zur SPD ←

Bei wechselnden Personen hin zur SPD häufen sich Nennungen zur Abstimmung über den Antrag zu Migrationsmaßnahmen im Bundestag (Grüne → SPD, Unentschieden → SPD, CDU → SPD). Weiterhin finden sich Hinweise aus sämtlichen Wechselrichtungen zu Talkrunden, Fernsehduellen und Kandidatenrunden, präferierten Koalitionen und konkreten Themen wie die Aufhebung der Schuldenbremse (Grüne → SPD) oder die Verweigerung von Tauruslieferungen (Grüne → SPD). Auch das Motiv „Mitleid mit der SPD“ als beeinflussender Faktor im Wahlkampf wurde genannt.

Wechselwahl von den Grünen →

Wie in der Wählerwanderung dominieren einerseits die Themen von Personen, die ihre Präferenz zwischen November und Februar von den Grünen zur Linken wechselten. Andererseits kostet das Thema Migration die Grünen auf unterschiedlichen Wegen Stimmen. Genannt werden (die Fokussierung auf) Steuer- und Sozialpolitik der Linken, deren Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde sowie die Linke als Antipol zur AfD. Abkehrgründe hin zur CDU finden sich in Form von „Ampelstreit“, Weltgeschehen, Migrationspolitik und Verhinderung der AfD. Personen, die ihr Kreuz letztlich bei der SPD statt bei den Grünen machten, nennen dagegen die Verweigerung der Tauruslieferung, den „Migrationsantrag der CDU“, die Aufhebung der Schuldenbremse und die Aussicht auf eine große Koalition.

Wechselwahl zu den Grünen ←

Die Faktoren im Wahlkampf, die von Personen genannt werden, die zu den Grünen gewechselt sind, sind divers. Verteidigungspolitik (SPD → Grüne), die Migrationsabstimmung (CDU → Grüne) oder die Förderung des Klimaschutzes (SPD → Grüne) werden genannt. Für unentschiedene Wählerinnen und Wähler waren u. a. das soziale Umfeld,

die Wahlprognosen, Verbalattacken der AfD sowie die Haltung der CDU zur Migrationspolitik mit ausschlaggebend.

Wechselgründe bei anderen Parteianhängerschaften

Bei den übrigen Parteien finden sich keine ausreichenden Fälle für eine systematische Betrachtung. So gibt es aufgrund der geringen Abkehrquote von der AfD kaum Fälle eines Wechsels von der AfD zu einer anderen Partei. Die genannten Gründe für einen Wechsel hin zur AfD beziehen sich beinahe ausnahmslos auf Migrationspolitik, den Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU gegenüber der AfD sowie die Haltung zum Krieg in der Ukraine.

Besonders viele Fälle unter den Wechselnden finden sich, die ihr Kreuz bei der Bundestagswahl bei der Linken gemacht haben, jedoch im November noch eine andere Partei favorisierten. Die Gründe für einen Wechsel zu den Linken reichen von der Fünf-Prozent-Hürde (und positiven Wahlprognosen), den Antipol gegen „rechts“/die AfD, Miet-, Steuer- und Sozialpolitik über Auftritte im Wahlkampf, Plakate, TikTok bis hin zu Friedenspolitik und dem eigenen sozialen Umfeld.

Während die Fünf-Prozent-Hürde bei der Linken eher als positiver Faktor genannt wird („Linke Stimme sollte vertreten sein“, „Sprung über fünf Prozent ermöglichen“), wird die Hürde bei den wenigen BSW-Wechselnden nicht thematisiert und ist bei der FDP kein verstärkender, sondern eher ein negativer Faktor (s. Wanderungen zur Union).

Wahlalternativen bei der Bundestagswahl 2025

Bei der tatsächlichen Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl haben sich die zusätzlich mobilisierbaren Wählerpotenziale im Vergleich zu vor dem Wahlkampf leicht verschoben. Die Unions- und die AfD-Wählerschaft besitzen mehrheitlich keine Wahlalternative, während drei Viertel der Wählerschaften von Linken, BSW, FDP und Grünen eine Wahlalternative nennen.

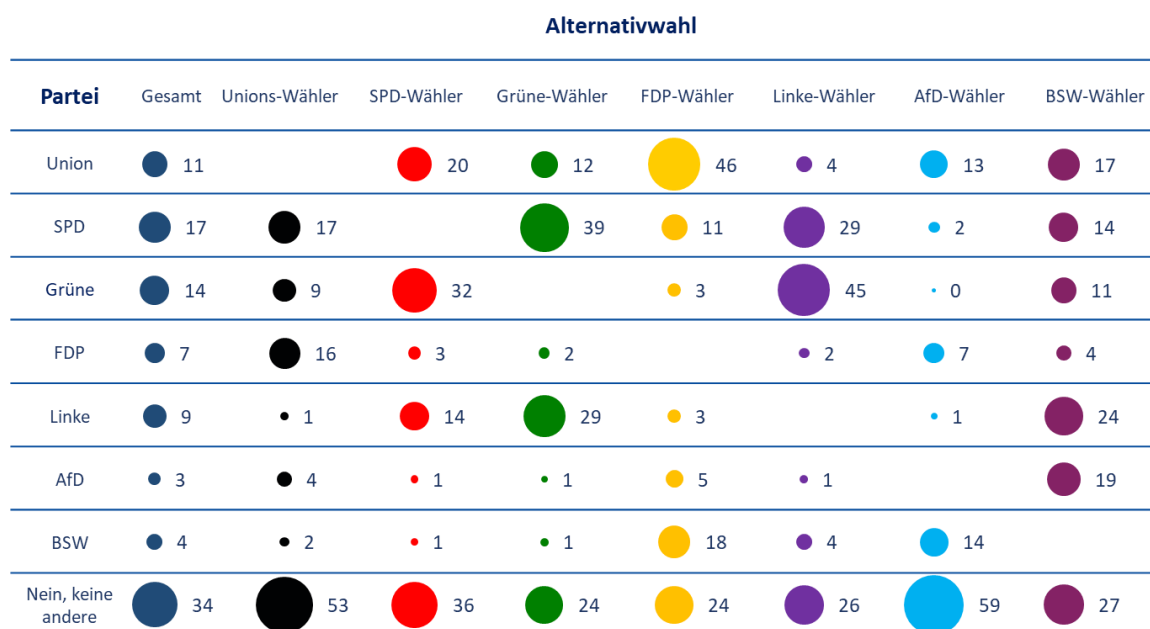
Das zusätzliche über die eigene Wählerschaft hinausgehende Potenzial der Union liegt mit 11 Prozent ähnlich wie im November (12 Prozent), hat sich allerdings bei der AfD-Wählerschaft in diesem Zeitraum fast halbiert (-9 Prozentpunkte). Rund 13 Prozent der AfD-Wählerinnen und AfD-Wähler haben die Union als Alternative bei der Bundestagswahl in Betracht gezogen. Ein ähnlich großes Potenzial besaß die Union bei der Grünen-Wählerschaft. Doppelt so groß war das Potenzial bei der SPD-Wählerschaft (20 Prozent). Zudem konnten sich 46 Prozent der FDP-Wählerinnen und -Wähler alternativ die Wahl der Union vorstellen. Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl besaß die Unions-Wählerschaft mehrheitlich – anders als im November – keine Wahlalternative (53 Prozent).

Bei der SPD-Wählerschaft zeigen sich kaum Veränderungen zum Zeitpunkt vor dem Wahlkampf. Die Grünen besitzen ein größeres zusätzliches Potenzial (+4 Prozentpunkte) als vor dem Wahlkampf, insbesondere bei Linken-Wählerinnen und -Wählern (+10 Prozentpunkte). Die größere Zahl an Wechselwählern von den Grünen zur Linken erklären diesen Effekt. Die FDP verfügte zum Wahlzeitpunkt über leicht geringere Potenziale und war nur für rund 7 Prozent der Wählerinnen und Wähler anderer Parteien eine Alternative (November 2024: 9 Prozent). Vergrößert haben sich die FDP-Potenziale bei der AfD-Wählerschaft (+6 Prozentpunkte), an die die FDP Stimmen verlor. Die Linke kann dagegen nicht nur ihren Wähleranteil steigern, sondern verfügt nach dem Wahlkampf über ein deutlich gestiegenes Potenzial von 9 Prozent (+6 Prozentpunkte zu November 2024).

Das Potenzial der AfD bei Wählerinnen und Wählern anderer Parteien blieb konstant (3 Prozent), halbierte sich jedoch bei der FDP-Wählerschaft, von der mutmaßlich hinzu-gewonnen werden konnte. 19 Prozent der BSW-Wählenden können sich vorstellen, die AfD zu wählen. 59 Prozent der AfD-Wählerschaft können sich nicht vorstellen eine andere Partei zu wählen. Die größte Alternative für Wählerinnen und Wähler der AfD stellte bei der Bundestagswahl 2025 noch das BSW dar (14 Prozent).

Das BSW war bei der Bundestagswahl neben AfD-Wählerinnen und -Wählern (14 Prozent) auch bei der FDP-Wählerschaft (18 Prozent) eine Option. In allen anderen Wählerschaften nennt kaum jemand das BSW als Wahlalternative.

Abbildung 16: Wahlentscheidung und Wahlalternativen bei der Bundestagswahl 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte in den Wählerschaften: Sonstige/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Hätten Sie sich vorstellen können, gegebenenfalls auch eine andere Partei zur Bundestagswahl zu wählen als die [gewählte Partei]? Wenn ja, welche Partei oder welche Parteien?“

Lesehilfe: 17 Prozent der Unions-Wähler konnten sich vorstellen, alternativ SPD zu wählen.

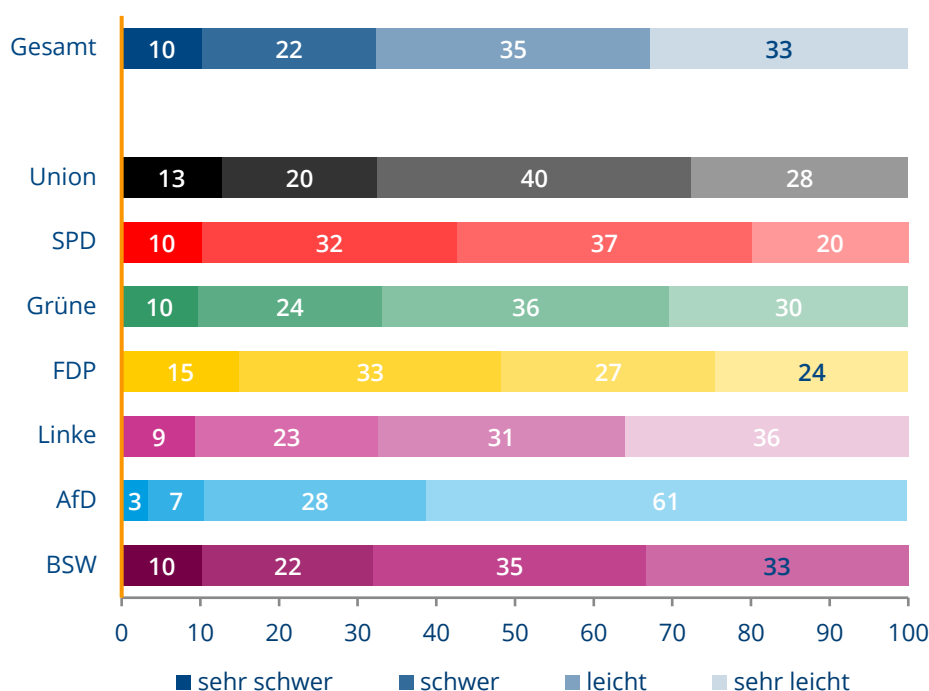
20 Prozent der SPD-Wählerschaft konnten sich vorstellen, alternativ die Union zu wählen.

Wem die Wahlentscheidung schwergefallen ist

Einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler ist die Entscheidung bei der Bundestagswahl eher leichtgefallen. Am schwersten taten sich die Wählerschaften von FDP und SPD – mit Abstand am leichtesten fiel die Entscheidung den AfD-Wählerinnen und -Wählern.

Auf einer 4er-Skala von „sehr schwer“ bis „sehr leicht“ sollten die Befragten einschätzen, wie schwer oder leicht ihnen die Entscheidung bei dieser Bundestagswahl gefallen ist. In allen Wählerschaften tat sich etwa ein Drittel der Wählerinnen und Wähler (sehr) schwer mit der Wahlentscheidung. Besonders schwierig fiel es einem großen Teil der SPD-Wählerinnen und -Wählern (42 Prozent) sowie der halben FDP-Wählerschaft (48 Prozent). Besonders leicht taten sich dagegen die AfD-Wählerinnen und -Wähler. Hier fiel es lediglich 10 Prozent (sehr) schwer, 61 Prozent fiel ihre Entscheidung sogar sehr leicht. Zum Vergleich: Insgesamt geben 33 Prozent aller Befragten an, dass ihnen ihre Entscheidung sehr leichtgefallen ist. Dies verdeutlicht einmal mehr die große Überzeugung der AfD-Wählerschaft für die von ihnen präferierte Partei.

Abbildung 17: Schwierigkeit der Wahlentscheidung nach Wählerschaften

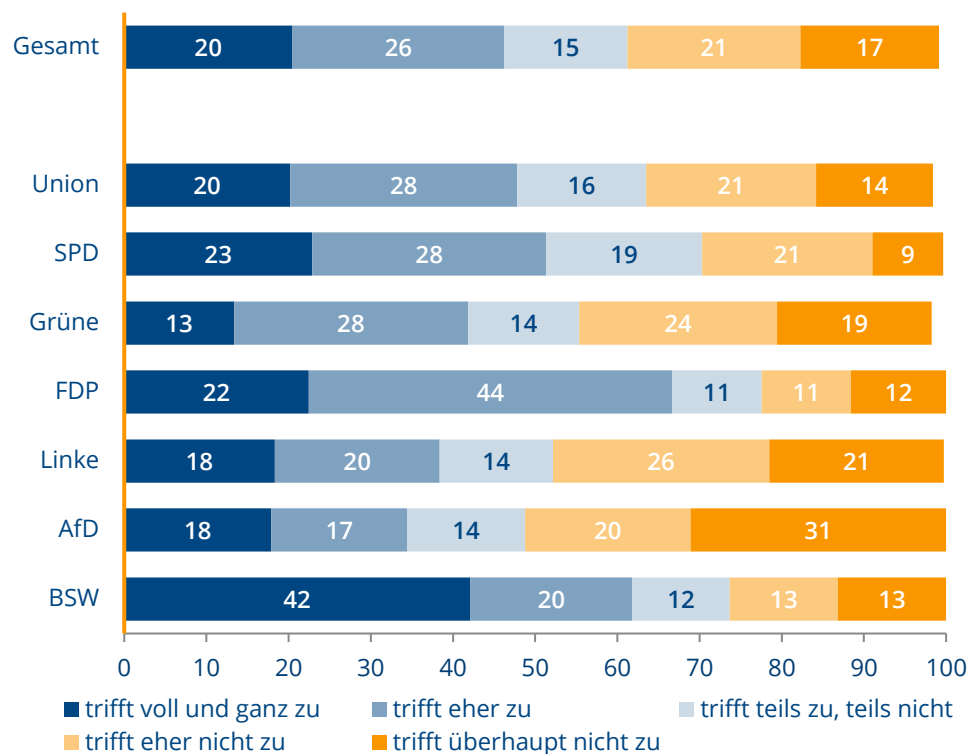


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Die Werte können rundungsbedingt 100 Prozent überschreiten. Fehlende Werte zu 100 Prozent in den Wählerschaften: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Fiel Ihnen die Entscheidung bei dieser Bundestagswahl sehr schwer, schwer, leicht oder sehr leicht?“

An vielen Stellen zeigt sich deutlich, dass die AfD-Wählerschaft keine Protestwählerschaft (mehr) ist. Sie ist überzeugt von Themen, Lösungskompetenzen, Personal und die Wahlentscheidung fällt somit leicht. Auf die BSW-Wählerschaft treffen dagegen auch Merkmale einer Protestpartei zu. So stimmen 42 Prozent der BSW-Wählerinnen und -Wähler voll und ganz zu, dass sie keine der Parteien im Wahlkampf richtig überzeugt hat. Der Wert liegt doppelt so hoch wie in allen anderen Wählerschaften.

Abbildung 18: „Keine der Parteien hat mich im Wahlkampf richtig überzeugt.“



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent in den Wählerschaften: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zum Wahlkampf vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob diese auf Sie voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft. „Keine der Parteien hat mich im Wahlkampf richtig überzeugt.““

Schlussbemerkung

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen neben wichtigen Erkenntnissen zu einzelnen Wählerschaften (s. Zusammenfassung vorn) eines ganz deutlich: Wahlkampf lohnt sich. Nicht nur nehmen die Wählerinnen und Wähler die um sie werbenden Parteien wahr (vgl. Roose 2022), die Parteien überzeugen auch. So sprechen nach der Wahl mehr Wahlberechtigte einer Partei eine Problemlösungskompetenz zu als noch vor dem Wahlkampf. Zudem nennen die Wahlberechtigten vielfältige Faktoren, die sie im Wahlkampf beeinflusst haben. Mehr als ein Drittel der Wählerinnen und Wähler können eine konkrete Antwort geben, was ihre Entscheidung im Wahlkampf beeinflusst hat. Dabei könnte dieses „Etwas“ vielfältiger kaum sein. Es reicht von Fernsehduellen über inhaltliche Positionen bis hin zu gewünschten Koalitionen. Somit bleibt schließlich eine Belohnung für alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, einen wichtigen Beitrag zu diesen Effekten geleistet zu haben. Gleichzeitig dürften die Erkenntnisse aus diesem Bundestagswahlkampf schon bald gefragt sein, denn die nächsten Wahlen stehen mit Blick auf gleich fünf Landtagswahlen im Jahr 2026 schon vor der Tür.

Literatur

Blumenstiel, Jan Eric/Rattinger, Hans, 2012: Warum haben Sie das getan? Subjektive Gründe der Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009. In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): Wählen in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45. Baden-Baden: Nomos, S. 251–275.

Hirndorf, Dominik, 2024: Politische Einstellungen zu Klimaschutz, Migration und Sozialstaat. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/web/wahlanalysen-und-gesellschaftsstudien/monitor/detail/-/content/politische-einstellungen-zu-klimaschutz-migration-und-sozialstaat> (zuletzt abgerufen am: 27.10.2025).

Infratest dimap, 2025: Wie die Wähler wanderten. Online unter: <https://www.tageschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/analyse-wanderung.shtml> (zuletzt abgerufen am: 27.10.2025).

Pokorny, Sabine, im Erscheinen: Untersuchungen zur Parteibindung (Arbeitstitel). Ergebnisse repräsentativer Umfragen vor und nach der Bundestagswahl 2025. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Nach Erscheinen online unter: [wahlen.kas.de](https://www.wahlen.kas.de).

Pokorny, Sabine, 2024a: Gute Gefühle, schlechte Gefühle. Repräsentative Umfrage zu Parteiimages und von Parteien ausgelöste Gefühle. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/gute-ge-fuehle-schlechte-gefuehle> (zuletzt abgerufen am: 27.10.2025).

Pokorny, Sabine, 2024b: Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/baeumchen-wechseldich-politische-einstellungen-im-wandel> (zuletzt abgerufen am: 27.10.2025).

Pokorny, Sabine, 2022: Wieso, weshalb, warum? Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2021. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wieso-weshalb-warum-wahlmotive-bei-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt abgerufen am: 27.10.2025).

Roose, Jochen, im Erscheinen: Wahlwerbung bei der Bundestagswahl 2025. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Nach Erscheinen online unter: [wahlen.kas.de](https://www.wahlen.kas.de).

Roose, Jochen, 2022: Ich sehe was, was du nicht siehst: Wahlwerbung. Auswertung einer repräsentativen Umfrage zu Wahlwerbung im Wahlkampf 2021. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/ich-sehe-was-was-du-nicht-siehst-wahlwerbung> (zuletzt abgerufen am: 27.10.2025).

Schoen, Harald/Weins, Cornelia, 2014: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Falter, Jürgen/Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 241–329. Werkmann,

Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2025: Alles muss, nichts darf sich ändern? Politische Stimmung vor der Bundestagswahl 2025 und Erwartungen an die Parteien. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/politische-stimmung-vor-der-bundestagswahl-2025-und-erwartungen-an-die-parteien> (zuletzt abgerufen am: 27.10.2025).

¹ Aufgrund der etwas geringeren Fallzahl und der zum Befragungszeitpunkt schwächeren Umfragewerte der Linken und der FDP, konnten in der November-Befragung nur 65 Personen aus der Linken-Wählerschaft und 86 Personen mit FDP-Wahlabsicht erreicht werden. Damit sind beide Gruppen nicht ausreichend groß, um für die November-Umfrage Werte für Linke- und FDP-Wählerschaft auszuweisen. In der zweiten Befragung wurden aufgrund der größeren Fallzahl mehr Wählerinnen und Wähler dieser beiden Parteien erreicht.

² Auch Pokorny und Roose (jeweils im Erscheinen) werten die vorgestellten Datensätze aus. Daher kann es zu wortgleichen Übereinstimmungen bei der Beschreibung des Studiendesigns kommen.

³ Bei Linken-Anhängerinnen und Anhängern stuft ein Drittel die Aussage zur Änderung der eigenen Wahlentscheidung im Wahlkampf als zutreffend ein. In dieser Gruppe müssten sich mit Blick auf die Wahlprognosen und das Wahlergebnis zwischen November und Februar einige gewechselte Personen befinden.

Impressum

Der Autor

Dominik Hirndorf (M.A., M.Sc.) studierte Staats-, Politik- und Verwaltungswissenschaften an den Universitäten Passau, Konstanz und Göteborg. Anschließend war er am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg tätig. Seit Juni 2020 ist er Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dominik Hirndorf

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3858
dominik.hirndorf@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Gestaltung: yellow too Pasiak & Horntrich GbR
Lektorat: Manuela Klein, M.A.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).